:antifaschistische nachrichten Nr. 18
g 3336 6.8.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤
www.antifaschistische-nachrichten.de

## „Pro NRW"-Demo in Wuppertal

WUPPERTAL. Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW" will am 27. Oktober im Wuppertaler Stadtteil Elberfeld gegen den Bau einer Moschee der DTIB demonstrieren.

„Pro NRW" verunglimpft den geplanten Moscheebau als „türkisch-islamische Landnahme", „Machtsymbol der Islamisierung" und „Tempel der Integrationsfeindlichkeit" und kündigt an, mit vollem politischen Einsatz gegen dieses Projekt ankämpfen zu wollen. *hma* ■

## Führungswechsel bei der EUFV

HAMBURG. Mitte August trafen sich die Delegierten und der Generalrat der „Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen" (EUFV) zu einer gemeinsamen Tagung in Hamburg.

Die EUFV will u.a. die Einrichtung einer Ständigen Kommission für die europäischen Bürger bei der EU erwirken, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihren Ursprungsgebieten umgesiedelt wurden. Zum neuen Präsidenten der Generalversammlung, der 14 Verbände aus neun Ländern angehören, wurde Rudi Pawelka von der „Landsmannschaft Schlesien" gewählt. Vizepräsident wurde

*Fortsetzung Seite 2*

**Berichte zum 1. September in Dortmund: 4 bis 6**

# 20 Jahre nach dem Pogrom

## Tausende gegen Rassismus und Neofaschismus

**Die Veranstaltungen zum Gedenken an den 20. Jahrestag das rassistischen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen waren ein großer Erfolg, der Mut macht, weiter gegen Rassismus in Deutschland zu kämpfen.**

Bereits am Vormittag des 25. August fanden sich auf dem Rostocker Neuen Markt 2000 TeilnehmerInnen zur Kundgebung „Das Problem heißt Rassismus" ein. Vertreter antirassistischer Initiativen wiesen darauf hin, dass das Pogrom bis heute auch für eine unglaubliche Ignoranz politischer Verantwortungsträger gegenüber den Betroffenen steht. Ein in MV lebender Flüchtling berichtete wie sehr ihn die bestehende Asylgesetzgebung daran hindert, ein normales Leben zu führen, was wiederum bereits vorhandene Vorurteile verstärkt.

Unter großem Beifall konnten Cornelia Kerth und Heinrich Fink, Bundesvorsitzende der VVN-BdA, am Rathaus mit Billigung des Oberbürgermeisters eine Gedenktafel anbringen. Damit wurde den ursprünglichen Initiatoren der Tafel, den „Söhnen und Töchtern der deportierten Juden Frankreichs" historische Gerechtigkeit getan, die beim Versuch des Anbringens im Oktober 1992 verhaftet worden waren. Ein Grußwort ihrer Sprecherin Beate Klarsfeld wurde verlesen. Darin griff sie die aggressive und angesichts der Untätigkeit gegenüber dem rassistischen Mob umso empörendere Behandlung Seitens der Polizei scharf an.

Von Lütten-Klein aus setzte sich am Nachmittag ein starker und bunter Demonstrationszug mit etwa 6500 TeilnehmerInnen in Bewegung. Auf zahlreichen Transparenten wurden Rassismus und Nationalismus kritisiert und „Grenzenlose Solidarität" gefordert. Mit vielen Redebeiträgen auf Zwischenkundgebungen erreichte die Demo das Sonnenblumenhaus. So erinnerte Mouctar Bah von der „Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh" an den Feuertod des in Polizeigewahrsam in Dessau umgekommenen Flüchtlings.

Zur Demonstration hatten mehr als 100 Antifa-Gruppen, Flüchtlingsräte, migrantische Gruppen, GewerkschafterInnen, Jugendgruppen, Bands, linke Gruppen, dänische Antifaschisten und einzelne Parteivertreter aufgerufen. Am historischen Ort wurde u.a. das Stück „Asylmonologe" aufgeführt, das sich in beeindruckender Authentizität mit der Lebenssituation von Asylbewerbern beschäftigt.

Es folgte abschließend ein Konzert unter dem Motto „Beweg dich für Bewegungsfreiheit" mit 1000 Zuhörenden und Tanzenden.

Am Sonntag, dem 26. August, trafen sich Flüchtlingsräte, Vertreter von Flüchtlingsinitiativen und Mitglieder der VVN-BdA zu einem World-Café und tauschten sich intensiv darüber aus, wie Solidarität praktisch werden kann.

Dass Bundespräsident Gauck am Sonntag auf einer offiziellen Veranstaltung nicht nur ausgerechnet eine „deutsche Eiche" als Erinnerungsbaum an das rassistische Pogrom pflanzte und Kritiker im Publikum, die ihm „Heuchelei" vorwarfen, mit Neonazis in einen Topf warf, verwundert nicht. Gauck hatte sich 1992 mit keinem Wort gegen das Pogrom geäußert.

Die VVN-BdA bedankt sich herzlich bei allen BündnispartnerInnen aus Rostock, Mecklenburg-Vorpommern und dem Bundesgebiet und natürlich bei allen ihren Mitgliedern, die den teilweise sehr weiten Weg auf sich genommen haben.

*VVN-BdA* ■



Jan Skalski vom „Verein der Vertriebenen aus den polnischen Ostgebieten“. George Mouktaris von der „Lobby for Cyprus“ wurde zum Generalsekretär, Gottfried Hufenbach von der „Landsmannschaft Ostpreußen“ zu seinem Stellvertreter gewählt. *hma* ■

### BMFSF auf Distanz

Berlin. Mit einem Schreiben an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSF) hatte Stephan Grigat, Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“ und Herausgeber der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ (PAZ), gegen die Förderung der Broschüre „Aktiv gegen extrem rechte Zeitungen“ der ver.di-Jugend durch das BMFSF protestiert. Der Grund: Die PAZ war in der Broschüre genannt worden. Grigat kritisierte, dass „konservative Blätter“ in einer Reihe mit fragwürdigen Periodika gestellt würden.

Der Referatsleiter „Jugend und Bildung“ des BMFSF ging daraufhin auf Distanz zu der Broschüre. Deren Inhalt sei zwar grundsätzlich „im Rahmen des Grundgesetzes“, aber die Aktionsvorschläge darin könnten als Boykottaufrufe gewertet werden und seien grenzwertig. Eine weitere Förderung für die Broschüre werde es daher nicht mehr geben. Die PAZ feierte diese Entscheidung als einen „Sieg für die Pressefreiheit“. *hma* ■

### Ominöser Kongress in Memmingen

Memmingen. Am Samstag, den 8. September, findet in Memmingen ein Kongress unter dem Motto „Lösungen für die Welt von Morgen“ statt. Beworben wird der Kongress, der um 10 Uhr in der Memminger Stadthalle beginnen soll, auch von der Zeitschrift „COMPACT“.

Als Referenten angekündigt werden der Staatsrechtler und „Junge Freiheit“-Autor Prof. Karl Albrecht Schachtschneider, der rechte Filmemacher Prof. Dr. Michael Vogt, Andreas Clauss von der Stiftung Novertis, Andreas Popp von der „Wissensmanufaktur“ und Dr. Udo Ulfkotte, Autor im verschwörungstheoretischen „Kopp-Verlag“. Als Veranstalterin des Kongresses, dessen Eintrittskarten zum Preis von 38 Euro angeboten werden, wird Marion Loga aus Memmingen benannt. Vierzehn Aussteller, so die Veranstalterin, präsentierten auf dem Kongress ihre Produkte. Auch „COMPACT“ will dort mit einem Informationsstand vertreten sein. *hma* ■

### Die KAL ist verboten!

Heute morgen hat der NRW-Innenminister die Nazibanden „Nationaler Widerstand

*Fortsetzung Seite 6*

# Grußwort von Beate Klarsfeld

## an die Demonstration in Rostock-Lichtenhagen am 25. August 2012

### Liebe Freunde

Ich bedauere es sehr, dass ich am heutigen Sonnabend nicht an Ihrer Veranstaltung teilnehmen kann.

Vielleicht ergibt sich eine spätere Möglichkeit, mit den Mitgliedern unserer Organisation, besonders mit denjenigen, die vor 20 Jahren dabei waren, zur offiziellen Einweihung dieser Tafel nach Rostock zu kommen.

Vor fast zwanzig Jahren, am 19. Oktober 1992 sich hat unsere Organisation „Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France” (Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich) aus eigener Initiative entschlossen, zusammen mit 50 unserer Mitstreiter, und unter ihnen auch viele Jugendliche aus jüdischen Organisationen, mit einem Bus nach Rostock zu reisen, es war eine lange Fahrt von mehr als 1 200 km, um in dieser Stadt unsere Solidarität den Opfern zu beweisen, die der gewalttätige rechtsextreme Mob verfolgte und sogar mit dem Tod bedrohte. Es waren viele Vietnamesen, Flüchtlinge aus anderen Ländern und insbesondere zahlreiche Roma.

Keine andere Organisation wollte uns zu dieser Demonstration die Hand reichen, obwohl die Lage doch klar durchschaubar war. Hier wiederholte sich etwas wie in den dreißiger Jahren. Wir waren ganz besonders betroffen von dem Rassenhass gegen die Sinti und Roma, die wie die Juden 50 Jahre davor in den deutschen Gaskammern ermordet wurden.

Wer anders als die Waisen der in Auschwitz vergasten Juden konnte hier die Alarmglocke ziehen und mit einer spektakulären Aktion die Öffentlichkeit aufrütteln. Wenn man die Presse hierzu liest, können wir sagen, wir hatten unser Ziel erreicht. Wir haben „wild” unsere Gedenktafel an der Vorderfront des Rathauses geklebt. Unser Sohn Arno hat dann mit den Jugendlichen Räume im ersten Stock besetzt und vom Balkon des Rathauses das Wort ergriffen, auch unsere Spruchbänder wurden hier aus dem Fenster gehängt.

Natürlich waren wir darauf vorbereitet, dass die Polizei eingreifen würde, aber nicht so brutal, wie sie es tat. Die Polizisten waren sehr zahlreich erschienen, es kam zu Schlägereien vor dem Rathaus. Wir wurden dann in unserem Autobus, begleitet von Polizeiwagen mit Sirenengeheul und Blaulicht zum Polizeirevier gebracht. Ungefähr zehn Polizisten stellten sich in den Mittelgang unseres Busses, um uns zu überwachen. Es war eine unglaubliche Weise uns zu behandeln, vor allem wenn man daran denkt, wie zurückhaltend die Polizei reagiert hatte, als Menschen in Lebensgefahr waren, als die Skinheads ihre Molotowcocktails in die Asylantenheime warfen. Da war die Polizei nicht da.

Da das Polizeirevier uns nicht alle aufnehmen konnte, mussten wir die ganze Nach in einer kalten Turnhalle verbringen, die zum Polizeirevier gehörte. Der Bus blieb im Hof stehen, wir wurden die ganze Nacht verhört, ungefähr bis 4 Uhr morgens. Ein Staatsanwalt wurde aus Westdeutschland hinzugezogen und der französische Konsul traf aus Hamburg bei uns ein. Am nächsten Morgen durften wir gegen 11 Uhr unseren Bus besteigen. Die drei Zurückgebliebenen wurden dann in Rostock angeklagt.

Wir waren aber fest davon überzeugt, dass wir richtig gehandelt hatten und das die jüdischen Opfer das Recht auf Einmischen in Deutschland hatten, wenn Neo-Nazis mit Gewalttaten gegen Asylanten vorgingen. Unser Vorgehen wich wahrscheinlich von den üblichen Gegendemonstrationen ab, aber wir haben immer wieder behauptet: das Recht der Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich war gerecht, selbst wenn wir gegen das Gesetz verstießen, das will aber nicht viel heißen.

Unsere Organisation ist natürlich sehr erfreut, dass diese Tafel, deren Text von uns geschrieben wurde, heute hier am Rathaus angebracht wird. Zu dieser Tafel gehört natürlich auch die Beschreibung darüber, unter welchen Bedingungen die erste Tafel im Oktober 1992 geklebt werden konnte. Wir wollen nicht dass der Eindruck entsteht, es war eine offizielle Veranstaltung mit Zustimmung des Bürgermeisters.

Nein, es war eine kleine Gruppe von französischen Juden, die mit ihrem Vorgehen hier auf eine allgemeine Ablehnung stieß, und von der Polizei brutalisiert wurde. Aber sie hatte diese Solidaritätsaktion mit gutem Gewissen durchgeführt, denn sie war sich ihren Verpflichtungen bewusst, dort einzuschreiten, wo Menschen verfolgt werden und in Todesgefahr sind.

Deswegen, liebe Teilnehmer dieser Veranstaltung, vergesst nicht, wer diese erste Tafel angebracht hat und unter welch schwierigen Bedingungen.

*Beate Klarsfeld und alle Mitglieder der Fils et Filles des Déportés Juifs de France*

# Immer, überall und auf allen gesellschaftlichen Ebenen!

## Redebeitrag der LOBBI (Beratung für Betroffene rechter Gewalt in MV)

Vor 20 Jahren brannte im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen das „Sonnenblumenhaus". Diese Bilder gingen um die Welt und markierten den brutalen Höhepunkt des größten rassistischen Pogroms der bundesdeutschen Geschichte. …
Von frustrierten und desillusionierten Menschen ist dann oft die Rede, die in Folge von Wende und Wiedervereinigung Jobs und Perspektiven verloren hätten. … Sicher: Frust und Unsicherheit saßen bei vielen Menschen tief in dieser Zeit. Aber warum entlud sich dies in brutalstem Rassismus ? …
Dazu ein kleiner Rückblick auf das Jahr 92 in Mecklenburg-Vorpommern:

**14. März**

In Saal bei Rostock überfallen 25 Personen ein Flüchtlingsheim und prügeln den 25jährigen Dragomir Christinel aus Rumänien zu Tode.

**24. Mai**

Rund 100 Personen überfallen ein Flüchtlingsheim in Güstrow. Zwei BewohnerInnen werden verletzt.…

**28.August, 29. August und 1. September**

Neonazis versuchen ein Flüchtlingsheim in Greifswald anzugreifen.

**5. September**

In Trassenheide, Kreis Wolgast greifen etwa 40 Personen ein Flüchtlingsheim an.

**8. September**

Brandanschläge auf Flüchtlingsheime in Wolgast und Anklam

**9., 10. und 12. September**

Angriffe auf ein Flüchtlingsheim in Bockhorst im Kreis Güstrow

*Foto: VVN-BdA*




**15. bis 19. September**

Fünf Tage lang greifen Neonazis ein Flüchtlingsheim in Wismar an. Unter dem Beifall von AnwohnerInnen setzen sie auch Steine und Molotowcocktails ein. Am 19. September werden außerdem Heime in Güstrow, in Kröpelin, im Kreis Malchin, in Schwerin und im Kreis Uckermünde angegriffen.

Schon dieser kleine Ausschnitt macht vor allem eines deutlich: Rassistische Angriffe waren damals keine Ausnahme und hatten schon gar nichts mit besonderen, lokalen Gegebenheiten zu tun. Vielmehr sammelten sich überall im Land rassistische Mobs und versetzten jene in Angst und Schrecken, die vor Krieg, Verfolgung und sozialer Not in die BRD geflohen waren. Und all das passierte nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit. So hatten schon im Mai 1992 hunderte RassistInnen über mehrere Tage ein Flüchtlingsheim in Mannheim angegriffen.

… Jene Zeit war geprägt von einer Renaissance des Nationalismus, der 1990 einen enormen Aufschwung in Ost und West nahm und sich zunehmend aggressiv äußerte. Gleichzeitig befeuerten rassistische Debatten um das Recht auf Asyl in Politik und Medien eine immer offenere Ablehnung von Flüchtlingen und anderen MigrantInnen in weiten Teilen der Bevölkerung. …

**Welche Lehren und Konsequenzen sind heute aus den damaligen Ereignissen zu ziehen?**

Das Pogrom in Lichtenhagen steht bis heute auch für eine unglaubliche Ignoranz politischer VerantwortungsträgerInnen gegenüber den Betroffenen. Während der Mob in der Stadt tobte, wetterte der damalige Bundesinnenminister vor Ort erneut gegen den „Missbrauch des Asylrechts" und den „unkontrollierten Zustrom in unser Land". Neben den damaligen Kampagnen gegen die „Asylantenschwemme" im Bundestag und in den Leitmedien wirken heutige neonazistische Mobilisierungen gegen einen vermeintlichen „Volkstod" geradezu hilflos.

Nicht nur dass die Betroffenen des brutalen Rassismus keinerlei Unterstützung und Anteilnahme erfuhren. Sie wurden vielmehr zu den eigentlichen VerursacherInnen der Angriffe erklärt.

Und heute? Sind solche offensichtlichen Formen einer Täter/ Opferverschiebung immer noch an der Tagesordnung?

Betrachten wir einmal den staatlichen Umgang mit den Morden des NSU.

Auf der einen Seite fällt uns die Gedenkveranstaltung im Februar dieses Jahres in Berlin. … Andererseits wissen wir alle, dass die Ermittlungsbehörden die Schuld für die Morde jahrelang bei den Opfern gesucht haben. In stundenlangen Verhören wurden Angehörige und Bekannte mit der Unterstellung konfrontiert, die Ermordeten seien in kriminelle Machenschaften verstrickt und deshalb ermordet worden. Die Sichtweise vieler MigrantInnen, die schon vor Jahren von rassistischen Tatmotiven ausgingen, wurde schlichtweg ignoriert. Ermittlungen in diese Richtung fanden – wenn überhaupt – nur halbherzig statt und wurden schnell wieder eingestellt.

Heute – neun Monate nach Bekanntwerden der rassistischen Mordserie – fehlt es noch immer an einer öffentlichen Debatte und konsequenter Aufklärung in Mecklenburg-Vorpommern, dem Bundesland in dem das neonazistische Terrornetzwerk offenbar gute Bekanntschaften hatte. … Noch immer ist unklar, ob, wann und wie dem NSU-Opfer Mehmet Turgut in Rostock gedacht wird. Die Initiative zur Umbenennung jener Straße, in der er im Februar 2004 erschossen wurde, ist zumindest vorläufig gescheitert. An LokalpolitikerInnen, die „keinen Wallfahrtsort" in ihrem Stadtteil haben wollen. Oder von „Opfern zweiter Klasse" schwadronieren, denn schließlich würden nach Opfern anderer Morde ja auch keine Straßen benannt. Und man wisse ja gar nichts über den Ermordeten, der sich möglicherweise sogar ohne offizielle Genehmigung in diesem Land aufgehalten hat.

In jedem Fall sind auch diese verbalen Querschläger Ausdruck von Ignoranz gegenüber Opfern rassistischer Gewalt, wie sie auch 20 Jahre nach dem Pogrom von Lichtenhagen noch weit verbreitet ist.

Wir können und müssen auf diese Mängel hinweisen, wir müssen Rassismus identifizieren und bekämpfen – in der Politik und im Alltag.

Doch unsere wichtigste Konsequenz aus den Ereignissen vor 20 Jahren heißt: uneingeschränkte Solidarität mit Betroffenen rassistischer Gewalt – Immer, überall und auf allen gesellschaftlichen Ebenen! *LOBBI, 25.8.2012* ■

# Triumph des Augenblicks ...

## Bundesverfassungsgericht verbietet erstmals Neonazi-Aufmarsch in Dortmund




Foto: IBL

Klammheimliche Freude zeigten sicherlich viele aktive Antifaschisten in Dortmund, als am 31.8., einen Tag vor dem geplanten Neonazis-Aufmarsch, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bekannt wurde. Erstmals hat das oberste Gericht Verbote niedriger Instanzen bestätigt. Der geplante Aufmarsch der Neonazis zum sogenannten „Nationalen Antikriegstag“ fand nicht statt.

Doch dieses Verbot ist nur ein Triumph des Augenblicks, es wird nicht den Glanz der Dauer haben. In Dortmund gab es seit Jahren Neonazi-Aufmärsche, Verbote haben nicht vor dem BVG standgehalten. In diesem Jahr stellte sich die Lage jedoch anders dar.

**Eine kleine Chronologie der Dortmunder Ereignisse.**

Dortmund hat sich seit Jahren zu einer Hochburg des Neofaschismus entwickelt. Kader und Aktivisten der „Autonomen Nationalisten“ bildeten WGs, konzentriert auf den Stadtteil Dortmund-Dorstfeld. Stadt und Polizei wollten kein Nazi-Problem in Dortmund erkennen, Hinweise und publizistische Aktivitäten von AntifaschistInnen blieben unbeachtet. Parallel entwickelte sich eine „Skinheadfront Dorstfeld“. Sven K. aus dieser Gruppierung ermordete 2005 den Punker Thomas „Schmuddel“ Schulz. Vorzeitig aus der Haft entlassen verübte er im Winter 2011 einen brutalen Angriff auf ein migrantisches Pärchen auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt. Die zunehmenden Übergriffe der Neonazis, der subtile Terror gegen Andersdenkende und die jährlich wiederkehrenden Aufmärsche um den 1. September ließen endlich auch die Stadtverwaltung wach werden. Sie richtete eine „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Demokratie und Toleranz“ ein, die mit Aufklärung und Analyse der Verhältnisse wenigstens das Problem „Neonazis in Dortmund“ erkennen ließ. Erster Erfolg dieses Erkennens war der Ankauf einer Immobilie durch die Stadt Dortmund, in der ein einschlägig bekannter rechter Versandhandel seine Geschäftsräume unterhielt und gleichzeitig eine Neonazi-WG wohnte. Mit dem Aufdecken der NSU-Morde rückte Dortmund neuerlich in den Fokus: 2006 wurde Mehmet Kubasic, ein Kioskbesitzer in der migrantischen Nordstadt, von der NSU ermordet. Als erste Konsequenz, Neonazi-Aktivitäten in NRW entgegenzuwirken, erließ Innenminister Jäger ein 8-Punkte-Programm gegen Neonazis. Dieser 8-Punkte-Katalog wurde seit Januar 2012 durch den neu eingesetzten Polizeipräsidenten Wesseler auf die Dortmunder Verhältnisse umgesetzt.

Gegen die Neonazi-Aufmärsche regte sich in den zurückliegenden Jahren mehr und mehr Protest. Da die „Autonomen Nationalisten“ alljährlich immer wieder ihre Aufmärsche durchführen durften, entwickelten sich verschiedenste Protestformen. In Stadtteilen wurden bunte Straßenfeste rund um den 1. September gefeiert. Kirchengemeinden veranstalteten Feste, ganze Straßenzüge verwandelten sich in Partymeilen, größere Plätze der Stadt wurden von Vereinen oder Organisationen für Aktivitäten genau an dem Tag benötigt, an dem der Nazi-Aufmarsch jeweils stattfinden sollte. Die Räume für die Märsche wurden damit enger. So durften die Neonazis in den letzten beiden Jahren jeweils nur noch eine kurze Wegstrecke vom Hauptbahnhof zu einem einsamen Park-and-Ride-Parkplatz laufen.

Doch auch diese kurzen Aufmärsche sind zu lang. Antifaschistischer Widerstand gegen die Aufmärsche drückt sich auch in Blockaden aus. 2010 gelangen dem Bündnis „Dortmund stellt sich quer“ kurzfristige Blockaden, 2011, nach einer erfolgreichen Medien-Kampagne, gelangen Blockaden in der Nordstadt, dem Aufmarschgebiet. Der Preis des Blockierens war hoch: Wasserwerfer und Hektoliter Pfefferspray räumten die Blockaden brutal, die Polizei riegelte bürgerkriegsmäßig ein ganzes Stadtviertel mit überwiegend migrantischen Bewohnern hermetisch ab. Doch trotz des brutalen Vorgehens der Polizei saßen die Blockaden, der Aufmarsch der Nazis wurde behindert.

Auch für 2012 hatten sich die Bündnisse „Dortmund stellt sich quer“ und „Dortmund nazifrei“ wieder auf das Blockieren eines Aufmarsches vorbereitet. Eine besondere Form des Protestes gegen Faschisten sollte das „Antifa-Camp“ in Dortmund werden. (*Siehe Seite 5*)

Dem Neonazi-Aufmarsch 2011 war eine schier unglaubliche Welle faschistischer Übergriffe vorausgegangen. Anschläge auf Personen, auf Parteibüros, auf Privatwohnungen, Zerstörung von Fahrzeugen, Morddrohungen per Wandschmierereien und vieles mehr. Doch trotz oder gerade wegen dieses Terrors bereiteten sich die AntifaschistInnen wieder auf aktive Gegenmaßnahmen vor. Blockaden als Mittel des Protestes sind in Dortmund zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Gleichzeitig wurden zur Vorbereitung einer Verbotsforderung des Faschisten-Aufmarsches Unterschriften gesammelt. Das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ sammelte über 2600 Unterschriften mit einer Verbotsforderung und überreichte die Unterschriftenlisten knapp 2 Wochen vor dem Aufmarschtermin. Der Polizeipräsident betonte bei der Übergabe, er würde jederzeit Verbotsgründe prüfen. Auch der DGB hatte eine Verbots-Unterschriftenaktion durchgeführt. Verbotsforderungen wurden auch bei einer viel beachteten Veranstaltung wenige Tage später öffentlich wiederholt, auch hier äußerte sich Polizeipräsident Wesseler gleichlautend.

Ein kleiner Paukenschlag war dann am 23.8. das Verbot mehrerer „Kameradschaften“ in NRW, so auch dem „NW“ in Dortmund. Mit dem Verbot „NW“ erließ Polizeipräsident Wesseler die Verbotsverfügung für den Neonazi-Aufmarsch im Dortmunder Stadtteil Hörde. Dieses Jahr hielt das Verbot allen Gerichtsinstanzen stand. Das heißt jedoch nicht, dass jetzt

keine Faschisten-Aufmärsche mehr stattfinden können, denn wenn die Anmeldung nicht von einer verbotenen Organisation erfolgt, gewichten Gerichte das Recht auf Versammlung anders. Selbst für Faschisten.




Foto: k.r.

**Der 1. September 2012 in Dortmund-Hörde**

Das Bündnis „Dortmund stellt sich quer" rief trotz des verbotenen Faschisten-Aufmarsches zu einer Demonstration auf. Am 1. September genehmigte die Polizei den Demo-Zug direkt auf der Strecke, auf der ursprünglich die Faschisten marschieren wollten. Durch die Hauptverkehrsstraßen Hördes zog, mit immerhin rund 1200 Teilnehmenden, ein breites Spektrum antifaschistischer Organisationen und Parteien. Der Antikriegstag hat somit seine Würde zurück erhalten, Faschisten marschierten an diesem Tag nicht. Auch das „Bündnis Dortmund gegen Rechts" führte seinen Mahngang zu Stolpersteinen in Hörde mit großer Beteiligung durch. Hatten freitags nach dem Urteil des BVGs die Gewerkschaften und Kirchen ihren Protestzug bereits abgesagt, war die Demo von „Dortmund stellt sich quer" die richtige Antwort: antifaschistischer Protest hört nicht auf, so lange Faschisten immer wieder rassistische Hetze und Angriffe starten und ihre Strukturen weiter bestehen. Übrigens endete der Demo-Zug symbolträchtig auf der Karl-Liebknecht-Straße. *IBL*■

# Subtile Rechts gleich Links Gemengelage

## Antifa-Camp in Dortmund verboten

Zelten gegen Rechts – warum nicht? Die Idee, in Dortmund ein bundesweites Antifa-Camp durchzuführen, stieß nicht überall auf Begeisterung. Die InitiatorInnen des Camps hatten im Vorfeld ein umfangreiches Rahmenprogramm konzipiert, das rund um den Antikriegstag den Fokus antifaschistischer Aktivitäten umfasste. Nur Polizei und Stadt Dortmund fanden, ein solches Camp habe in Dortmund keinen Platz.

Betrachten wir die Umstände der Ablehnung, wird schnell klar, welche Intentionen dahinter stecken. Während der Zeit der Vorbereitung des Antifa-Camps war in Dortmund Wahlkampf; am 26. August wurde in Dortmund die Kommunalwahl von 2009 wiederholt. Auf Einzelheiten dazu gehen wir hier nicht ein, kurzum, während der Vorbereitungsphase des Camps herrschte Wahlkampf in Dortmund. Und gleichzeitig bereiteten sich viele Gruppierungen auf den 1. September, den Antikriegstag, vor. Das bedeutet seit Jahren: Gegenveranstaltungen besonders für den von den „Autonomen Nationalisten" veranstalteten „Nationalen Antikriegstag" mit martialischen Faschisten-Aufmärschen. Initiative dazu und organisatorische Struktur kommt seit Jahren aus der Dortmund aktiven Nazi-Struktur „Nationaler Widerstand".

Auf diese Strukturen hinzuweisen und gleichzeitig mit einem umfangreichen Rahmenprogramm öffentlich wirksam zu zeigen, welches Spektrum antifaschistische Arbeit umfasst, war ein Anliegen des Antifa-Camps. Der ursprüngliche Plan war, direkt in Dorstfeld das Camp aufzuschlagen. Doch die InitiatorInnen stießen auf vielfältige Widerstände. So schloss das Camp einen Mietvertrag mit dem Revierpark Wischlingen ab, doch dieser Vertrag wurde nach Intervention von Stadt und Polizei aufgelöst *(http://www.antifacamp.org/2012/08/24/das-antifacamp-und-die-stadt-dortmund/)*. Doch auch weitere Verhandlungen stießen auf Starrsinn auf behördlicher Seite, besonders die Polizei versagte dem Camp den politischen Charakter (http://www.antifacamp.org/2012/08/24/das-antifacamp-und-die-stadt-dortmund/). So wurde der Zement angerührt, der das Camp verhindern sollte. Auch die Stadt Dortmund zeigte sich kompromisslos. Hatte die Polizei dem Camp schon den politischen Charakter abgesprochen, rührte die Stadt den Zement weiter an. Neben der Ortsfrage, wo das Camp letztlich stattfinden sollte, mussten die InitiatorInnen des Camps reichlich mit behördlichen Tretmühlen kämpfen: von Toilettenhäuschen über Abwasser und Müllentsorgung sollte das Camp vor unlösbare Aufgaben gestellt werden. Aber die InitiatorInnen des Camps konnten dank ihres Engagements alles vorweisen. Eine Welle der Solidarität von Parteien, Organisationen und Einzelpersonen wurde dem Camp entgegengebracht. Doch letztlich verbot die Stadt in Person des SPD-Oberbürgermeisters Sierau das Camp. Selbst über jeden Zweifel erhabene Solidaritätsadressen wie vom Auschwitz-Komitee Deutschland ließen den Zement nicht weicher werden. Das Camp blieb verboten.

Wie oben schon angerissen, in Dortmund herrschte zu diesem Zeitpunkt noch Kommunalwahlkampf. Zum passensten Zeitpunkt, nämlich 3 Tage vor dem Gang zu den Wahlurnen, verbot SPD-Innenminister Jäger in NRW drei „Kameradschaften", darunter auch die Dortmunder Kameradschaft „Nationaler Widerstand" (NW).

All das passte gut zusammen. Ein Verbot der gewaltbereiten Faschisten war längst überfällig, der Zeitpunkt der Bekanntgabe ausgesprochen günstig terminiert. Kurz vor dem alljährlichen Faschisten-Aufmarsch in Dortmund und passend zur Kommunalwahl. Und so war dann auch die logische Folge, dass Dortmunds Polizeipräsident Norbert Wesseler am

Montag nach der Kommunalwahl den Faschisten-Aufmarsch verbot.

Rechts und Links in einen Topf? So einfach geht es. Antifaschistischer Protest? Aber nur, wenn Sozialdemokraten, Kirchen oder Gewerkschaften federführend sind. Hasenherziger Protest aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft ja, mutiges Stehen gegen Faschisten nein. Die Dortmunder Variante der Extremismus-Doktrin.

#### Kein politisches Programm? Drei Beispiele aus dem Rahmenprogramm

Das Dortmunder Antifa-Camp blieb zwar verboten, wich aber in das Autonome Zentrum Mülheim aus. Die Veranstaltungen, die in monatelanger Vorbereitung konzipiert waren, fanden dennoch in Dortmund statt. Drei Beispiele zeigen, welche Facetten antifaschistische Aktivitäten umfassen können.

**Antimilitaristischer Rundgang:**
Deutschland führt Krieg, in Afghanistan und anderswo. Bei einem antimilitaristischen Stadtrundgang wurde an die heutigen Kriegseinsätze und an historischen Orten an die Opfer der Faschisten während des 2.Weltkrieges erinnert. Auch die zivil-militärische Zusammenarbeit heute war Thema des Rundganges. Höhepunkt des Tages: der beeindruckende Bericht des 92jährigen Ludwig Baumann auf dem Schießstand Buschei, wo im Zweiten Weltkrieg Deserteure der Wehrmacht hingerichtet worden sind. Baumann, antimilitaristischer Aktivist, NS-Verfolgter und Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, kämpft seit Jahrzehnten für die letzten überlebenden Deserteure für deren Anerkennung als NS-Verfolgte, die Aufhebung der Urteile der NS-Kriegsgerichtsbarkeit und materielle Entschädigung. *(siehe auch: http://www.antifacamp.org/2012/08/28/tagesbericht-vom-antimilitaristischen-montag/)*

**Sozialer Aktionstag:**
Prekäre Beschäftigung, Repression gegen Hartz-IV-Betroffene, Leiharbeit und Niedriglöhne. Hinter jedem Schlagwort stehen Menschen, die im kapitalistischen System um ihr Überleben kämpfen müssen. Mit einem Besuch im JobCenter Dortmund machten die AktivistInnen des Camps den Betroffenen deutlich, welche Beratungsmöglichkeiten bestehen und welche Rechte ihnen zustehen. Bei einer weiteren Aktion vor dem Energieversorger DEW forderten die AktivistInnen das „Recht auf Strom“ ein auch für diejenigen, denen in prekären Verhältnissen wegen Nichtbezahlens der Rechnungen der Strom abgedreht wird. Das ÖPNV-Sozialticket war Thema vor dem Rathaus.

**Gedenkveranstaltung zu NSU-Mordopfern:**
Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubaşik in seinem Kiosk an der Dortmunder Mallinckrodtstr. vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) ermordet. Gemeinsam mit der anwesenden Familie Kubaşik gedachten ca.150 VertreterInnen der Alevitischen Gemeinde, der Dortmunder Antifaschistischen Bündnisse Alerta, DAB, „Dortmund Nazifrei” und „Dortmund stellt sich quer“ (DSSQ), TeilnehmerInnen des verbotenen Antifa-Camps, VertreterInnen des alevitischen Kulturvereins Dakme, des deutsch-kurdischen Kulturvereins, eine Mitarbeiterin einer Abgeordneten des NSU Bundestags-Untersuchungsausschusses und des „Apabiz Berlin” sowie Kutlu Yurtseven von „MicrofonMafia“ aller Opfer der terroristischen Mordserie. Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre jeweilige Perspektive auf den rassistischen Mord und die Zeit danach aus. In der Diskussion wurde deutlich, dass ein Verbot faschistischer Strukturen ein Baustein im Kampf gegen Faschismus ist, gemeinsames Handeln gegen den Faschismus aber auch weiterhin notwendig bleiben wird.

*IBL*



*Foto: k.r.*

---

*Fortsetzung von Seite 2 (Meldungen)*

Dortmund“, „Kameradschaft Hamm“ und die „Kameradschaft Aachener Land“ verboten und das Verbot mit Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Haftbefehlen durchgesetzt. Endlich.

Denn auf der letzten Regionalkonferenz gegen Rechts hatten die TeilnehmerInnen als zentrale Forderung erhoben: „Das Verbot der Kameradschaft Aachener Land gehört auf die Tagesordnung“, zahlreiche KommunalpolitikerInnen haben sich dieser Forderung angeschlossen. Auf einer antifaschistischen Konferenz der DGB-Jugend Anfang des Jahres noch hatte der Landesinnenminister sich gegen ein KAL-Verbot ausgesprochen. Umso mehr ist das Verbot als Erfolg der antifaschistischen Bewegung zu werten.

Über die Freude ob dieses großen Erfolges dürfen wir nicht vergessen:

a: Die lose Organisation der Kameradschaften ist jetzt verboten. Das Agieren der FaschistInnen ist mit diesem Verbot noch lange nicht beendet. Und staatlicher Schutz von Naziveranstaltungen unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit ist noch lange nicht aufgekündigt. Wir stimmen dem DGB-Vorsitzenden von NRW, Andreas Meyer-Lauber, zu wenn er zum Verbot der KAL fordert, „... muss auch in Zukunft der Verfolgungsdruck auf rechtsmotivierte Straftäter erhöht werden“.

b: Das Verbot der NPD ist längst überfällig! Die Finanzierung von NPD-Funktionären über die sog. „V-Leute“ muss durch das vollständige Abschalten dieser Nazis beendet werden.

c: Und als wär’s ein Stück aus dem Tollhaus, am selbigen Tag hat die Stadt Dortmund das Antifa-Camp, das morgen eröffnet werden sollte, verboten. Das geschah auf Anweisung der Polizeibehörde und entspricht den Forderungen der gerade erst verbotenen Nazi-Kameradschaften, die mit einer Gegendemo gegen das Camp gedroht hatten. Die VVN-BdA NRW hat gegen diese den rechten Kräften in die Hände arbeitende Maßnahme protestiert. Dortmund hat sich in den letzten Wochen quasi zur Hauptstadt der Bewegung gegen Rechts erklärt – da kommt diese Botschaft. Mit dem Vorgehen der Stadt wird die demokratiefeindliche Anti-Extremismuspolitik der Bundesregierung vollzogen.

Trotzdem: Die Sektkorken können knallen! Aber nur zur Stärkung. Ein Punkt ging an den Antifaschismus, mehr nicht.

*VVN – BdA Kreisverband Aachen*

## Innenminister rennt Verfassungsgrundsätze über den Haufen

„Der Innenminister tritt bei der Reform des Verfassungsschutzes die Flucht nach vorne an. Dabei droht er wesentliche Verfassungsgrundsätze über den Haufen zu rennen", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, anlässlich der heutigen (*i.e. 28.8.2012; Red.*) Innenministerkonferenz die Vorschläge von Bundesinnenminister Hans Peter Friedrich (CSU) zum Umbau des Verfassungsschutzes. Jelpke weiter:

„Mit der Gründung immer neuer gemeinsamer Zentren ist Friedrich drauf und dran, das Trennungsgebot von Verfassungsschutz und Polizei restlos auf den Müllhaufen zu werfen. Dieses Trennungsgebot ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil unserer Verfassung und eine der wichtigsten Lehren aus dem Nazifaschismus.

Schlichtweg eine Unverschämtheit gegenüber dem Parlament ist es, dass der Minister seinen Inlandsgeheimdienst stärken will, noch bevor der Untersuchungsausschuss des Bundestages ausloten konnte, inwieweit die Verfassungsschutzämter in den Terrorsumpf der NSU-Nazis verwickelt waren.

Der Widerstand der Länder gegen die Verlagerung der Spitzel-Macht hin zum Bund ist nur allzu berechtigt, wenn auch falsch motiviert. Wir brauchen nicht 17 Verfassungsschutzämter, sondern überhaupt keines. Der Inlandsgeheimdienst hat sich selbst als Gefahr für die Freiheit entpuppt. Ihn abzuschaffen wäre daher der beste Schutz für die Demokratie."

*Ulla Jelpke, MdB*
*Innenpolitische Sprecherin*
*Fraktion DIE LINKE* ■.

## „NW-Do" verboten – „NW-B": „Wir bitte auch!"

Was ist der Unterschied zwischen dem „Nationalen Widerstand Dortmund" und dem „Nationalen Widerstand Berlin"? Richtig, lediglich die Stadt am Ende des Namens. Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch passt sonst kein Blatt zwischen die beiden Organisationen.

#### Die Verbindungen

Seit fast zehn Jahren bestehen inzwischen enge Verknüpfungen zwischen der Dortmunder und der Berliner Struktur. Die Dortmunder Neonazis um Dennis Giemsch und die Berliner „Kameradschaft Tor" um Björn Wild und Daniel Meinel diskutierten schon zu Anfang des neuen Jahrtausends im Internetforum „Freier Widerstand" neue Formen der neonazistischen Organisierung. Es entstand das Konzept der „Autonomen Nationalisten", verbunden mit einer Übernahme subkultureller Codes aus der Hardcore- und Hiphop-Szene und Aktions- und Ausdrucksformen der autonomen Antifa.

Während die Dortmunder Neonazis vor allem durch die Verwendung von Graffiti und Sprühschablonen auffielen, machten sich Berliner Neonazis Bekleidungscodes wie „Che Guevara"-Shirts, Palästinenser-Tücher und das Antifa-Symbol zu eigen. Die subkulturelle Öffnung der Neonazi-Szene, weg vom Bild des stumpfen Skinheads, wirkte attraktiv auf meist jüngere Neonazis und sorgte für eine Übernahme des Dortmunder/Berliner Konzepts in etlichen weiteren Städten und Regionen.

… Auch nach dem Verbot der „Kameradschaft Tor" (2005) und der Gründung der Nachfolgeorganisation „NW Berlin" fuhren und fahren regelmäßig Dortmunder und Berliner Neonazis zu Aufmärschen in der jeweils anderen Stadt. Im September 2005 veranstalteten die Berliner Neonazis parallel zum jährlich stattfindenden „Antikriegstag" in Dortmund einen eigenen Aufmarsch in Lichtenberg und Hellersdorf. Auch für den diesjährigen – inzwischen verbotenen – Aufmarsch in Dortmund ist mit Sebastian Schmidtke ein Aktivist des Netzwerks „NW-Berlin" als Redner vorgesehen. Mit Schmidtke besetzt das Netzwerk inzwischen sogar den Posten des Berliner NPD-Vorsitzenden. …

#### Die Gemeinsamkeiten

Die Ähnlichkeit zwischen der Struktur in Dortmund und der in Berlin ist nicht zu übersehen. Zum einen ist der gesamten Außenwirkung der beiden Strukturen das bereits umrissene Konzept der „Autonomen Nationalisten" zugrunde gelegt. Zum anderen versuchen beide Strukturen mit verschiedenen Mitteln eine Hegemonie in Stadtteilen zu erreichen. Während das in Dortmund vor allem Dorstfeld betrifft, sind in Berlin der Weitlingkiez und Oberschöneweide betroffen. Die Mittel der Durchsetzung sind dabei die gleichen. Es wird sowohl ungezielte Straßengewalt gegen Migrant_innen und Alternative eingesetzt, als auch gezielte Angriffe auf Wohnungen und Projekte von politischen Gegner_innen organisiert. Diese Angriffe werden ergänzt durch Brand- und Sprengstoffanschläge auf alternative Wohn- und Kulturprojekte und Wohnhäuser von Migrant_innen und linken Politiker_innen, die sich in regelmäßigen Wellen vollziehen.

Das Klima der Angst, was dadurch erzeugt werden soll, wird ergänzt durch eine Raumnahme, die mit der Anmietung von Räumlichkeiten einhergeht. So erfüllte das Haus in der Rheinischen Straße 135 in Dortmund-Dorstfeld die selbe Funktion wie das verbarrikadierte Ladengeschäft in der Lückstraße 58 in Berlin-Lichtenberg, aber auch die Lokalitäten „Zum Henker" und „Hexogen" in der Brückenstraße in Berlin-Schöneweide. Vor kurzem erst plakatierten Lichtenberger Neonazis ein Solidaritäts-Plakat für die räumungsbedrohte Lückstraße 58, nicht ohne eine Grußbotschaft für den Dorstfelder Nazistützpunkt mit auf das Plakat zu packen.

Desweiteren sind die Gebiete, die sowohl der „NW Dortmund" als auch „NW-Berlin" für sich beanspruchen wollen mit einer Vielzahl von Propagandaaktionen – Plakate, Aufkleber, Sprühereien – konfrontiert.

#### Inhaltliche Überschneidungen

Auch inhaltlich ist es schwer, eine Unterscheidung der beiden Zusammenhänge zu ziehen. Beide sind geprägt von einem offenen und positiven Bezug auf den Nationalsozialismus. Etliche Beiträge auf der Internetseite von „NW-Berlin" wurden mit Zitaten Adolf Hitlers geschlossen, während eine beliebte Parole der Dortmunder Neonazis auf ihrem schwarz-weiss-rot-beflaggten „Antikriegstag"-Aufmarsch der Spruch „Nie wieder Krieg – Nach unserem Sieg." ist. Die der NS-Bezug wird nur mäßig verschleiert durch die Selbstbezeichnung als „Nationale Sozialisten".

Alle damit einhergehenden Ideologiefragmente – Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, Befürwortung einer Diktatur bis hin zu eugenischen Vorstellung der Bevölkerungsplanung – sind bei den Berliner und Dortmunder Neonazis zu finden (siehe dazu für Berlin: Broschüre „Motiv Rechts 3"). Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung wird von beiden Strukturen offen propagiert.

#### „NW Dortmund" verboten – „NW-Berlin" schreit „Wir bitte auch!"

Schon nach dem Auffliegen der Neonazi-Terrorzelle NSU wurden in Lichtenberg Aufkleber geklebt, die „Grüße aus dem Untergrund" übermittelten. In Schöneweide liefen Neonazis mit selbstgebastelten „NSU"-Buttons herum.

Es ist nicht verwunderlich, dass „NW-Berlin" auf das Verbot einer ihr nahe stehenden Kameradschaft in Dortmund reagiert. Relativ vorhersehbar war auch die Form der Reaktion. Mit mehreren abgestimmten Attacken auf SPD-Büros in Berlin waren sich die Neonazis der medialen Aufmerksamkeit sicher.

Sie produzierten damit jedoch nicht nur mehrere Presseberichte über Nazi-Anschläge in Berlin. „NW-Berlin" zog so eine direkte Verbindung zwischen einer jüngst verbotenen Nazi-Kameradschaft in Dortmund und dem Nazi-Terror, den die Berliner Strukturen produzieren. Und vielleicht wächst auch bei der Einen oder dem Anderen die Einsicht, dass auch endlich unter das Kapitel „NW-Berlin", Lückstraße 58, „Zum Henker" und „Hexogen" ein Schlussstrich gezogen werden müsste.

*Antifa Berlin, August 2012*
*http://www.antifa-berlin.info* ■

# Einwanderungs- und „Innere Sicherheits"politik unter der neuen Regierung (Teil III)

**Im Laufe des August 2012 häuften sich erneut Roma-Abschiebungen in Frankreich. Seit dem 29. August wurde dieser in ganz Europa besonders diskriminierten „ethnischen" Minderheit nun allerdings in Frankreich erstmals der so genannte Arbeitsmarkt weitgehend geöffnet. Unterdessen versucht Innenminister Manuel Valls, die „Autoritätsbeweise" zu sammeln …**

„Den Wechsel jetzt“, le changement maintenant, hatte François Hollande vor einigen Monaten im Wahlkampf versprochen. „Für die Roma gilt: den Länderwechsel jetzt – le changement de pays maintenant –, dank François Hollande“ ätzte am Montag, den 27. August eine Satiresendung im französischen Fernsehen. Gemeint war der unfreiwillige Ortswechsel durch Abschiebung, oder dem Druck von Zwangsräumungen der von Roma errichteten Siedlungen auf französischem Boden.

Um die dreißig solcher campements genannten Siedlungen, die mal aus Wohnwagen und mal aus Holzhütten, Baracken und einfachen Häusern bestanden, wurden seit Anfang August geräumt. Zunächst im Raum Lyon, in La Courneuve bei Paris, in Marseille und in der Nähe von Lille. Später auch in Evry südlich von Paris, in Créteil südöstlich oder in Stains nördlich der Hauptstadt. Dadurch verloren rund 3000 Menschen vorübergehend ihre Bleibe. Die meisten von ihnen wurden allerdings nicht in ihre Herkunftsländer – in der Regel Rumänien und Bulgarien – abgeschoben, sondern blieben in Frankreich. Sie mussten sich jedoch nach neuen Unterkunftmöglichkeiten umsehen und hatten oft einen Teil ihres Hausrats, Habs und Guts durch die Bulldozer verloren. Etwa ein Zehntel der Betroffenen wurde ferner in Richtung Südosteuropa abgeschoben.

Allein 240 Menschen auf einmal wurden durch einen Sonderflug, der am 9. August in Lyon abhob, nach Bukarest ausgeflogen.

In den drei Tagen zuvor waren mehrere Siedlungen im Raum Lyon, etwa in Villeurbanne und Vaulx-en-Velin, durch die Polizei geräumt worden.

Die Bilder ähnelten vordergründig jenen vom Sommer 2010. Damals, vor zwei Jahren, waren innerhalb weniger Wochen gleich dreihundert Romasiedlungen aufgelöst worden, und mehrere Tausend Personen wurden abgeschoben. Vom Anfang jenes Jahres bis Mitte September 2010 waren es damals insgesamt 8000 Abschiebungen allein nach Rumänien und Bulgarien, ein Großteil davon während weniger Wochen im Sommer.

Die diesjährige Sommerkampagne der französischen Behörden gegen die im europäischen Vergleich relativ wenigen Roma im Land – in offiziellen Zahlen ist von etwa 15 000 die Rede, von ihnen ein Drittel im nördlich an Paris angrenzenden Bezirk Seine-Saint-Denis – hat also nicht dieselbe Intensität erreicht wie die damalige.

Auch war der offizielle Diskurs seitens der Regierung, mit dem die Zwangsräumungen und Abschiebungen begleitet wurden, nicht der gleiche.

Damals, vor zwei Jahren, hatten die Spitzenpolitiker im französischen Staat Ende Juli einen Sondergipfel im Elysée-Palast abgehalten, bei dem es ausschließlich um Roma ging sowie um „fahrende Leute“, also französische Sinti, obwohl sich die beiden Gruppen in ihren Lebensbedingungen fundamental voneinander unterscheiden.

Zwei Tage später hielt der damalige Präsident Nicolas Sarkozy eine veritable Brandrede, seine „Rede von Grenoble“. Darin behandelte er in einem Aufwasch das vorgebliche „Problem“ in Gestalt der Roma, jenes der „Ausländerkriminalität“ und das der Doppelstaatsbürger – und setzte zum Generalangriff auf alle Minderheiten an, die der Nation angeblich nur Schwierigkeiten bereiteten.

#### Kein Branddiskurs wie im Jahr 2010, und dennoch Abschiebungen

Von einem solchen Branddiskurs sind die Regierenden in Frankreich heute weit entfernt.

Und dennoch ähneln sich die Bilder, dort, wo Menschen nach dem Durchgang des Bulldozers ohne Bleibe und oft auch ohne Hab und Gut auf der Straße sitzen. Sicher, die offiziellen Ankündigungen des amtierenden rechtssozialdemokratischen Innenministers Manuel Valls – den Kritiker oft zum „Sarkozy der Linksparteien“ erklärten, was in seinen Augen eher als Kompliment gilt – klangen nicht genau so wie jene seiner rechten Amtsvorgänger. Am 25. Juli hatte er im Parlament und am 31. Juli bei einer Pressekonferenz hatte er anklingen lassen, er werde „nicht davor zurückscheuen“, illegale Ansiedlungen von Roma räumen zu lassen. Aber, fügte er hinzu, er werde keine zentral gesteuerte Politik diesbezüglich organisieren, um den gesamten Staatsapparat gegen diese Bevölkerungsgruppe zu mobilisieren, wie es nach dem Sondergipfel im Elyséepalast vom 28. Juli vorletzten Jahres vorübergehend der Fall zu sein schien. Er werde lediglich die Konsequenzen aus Gerichtsentscheidungen, dort wo sie Romasiedlungen für illegal erklärten, ziehen und daraus resultierende Räumungsverfügungen dann auch vollziehen lassen.

Es blieb letztendlich nicht ganz bei der Ankündigung. Denn nicht nur, dass sich Anfang August d. J. dann plötzlich binnen weniger Tage die vor laufenden Kameras durchgeführten Räumungen häuften.

In manchen Fällen, wie in den letzten Augusttagen in Evry, kam die vom Innenministerium gedeckte polizeiliche Räumung auch einer Justizentscheidung zuvor – in jenem Fall hatte das Gericht noch gar nicht die Zeit gehabt, zusammenzutreten.

Evry ist die Stadt, deren Bürgermeister Valls bis zu seinem Einzug in die Regierung im Frühjahr war. Sicherlich ging es gerade dort darum, eine Art Exempel zu statuieren. Tagelang campierten die Roma daraufhin zusammen mit Unterstützern vor dem Rathaus von Evry, um gegen ihre Räumung zu protestieren, und sie waren sich der Symbolkraft dieser Stadt wohl bewusst.

Die Ähnlichkeit der noch unverblassten Bilder von vor zwei Jahren und jetzt war sicherlich teilweise durch Innenminister Valls intendiert. Denn dem Mann, der sich erst im August zum erklärten Ziel setzte, „die Erfolge der Rechtsregierung bei der Inneren Sicherheit zu übertreffen“ – und dies damit begründete, ein rationaleres Herangehen statt der unter Sarkozy vollführten Spektakelpolitik zu praktizieren –, kommen Autoritätsbeweise durchaus gelegen.

In einem Interview vom 14. August in Libération antwortete der Innenminister zudem auf jene, die monierten, die Roma würden oft mit der Begründung schlechter hygienischer Verhältnisse in ihren Siedlungen geräumt, es werde ihnen aber keinerlei bessere Alternative angeboten: „Die Lösung liegt vor allem in den Herkunftsländern.“ Also in Südosteuropa, wo die Roma seit langem besonders markanten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Auch wenn Valls hinzufügte, „auch in hu-

manitären Aktionen und in dezentralen, kommunalen Initiativen“ in Frankreich können ebenfalls ein Teil der Lösung der für die Roma existierenden Probleme zu finden sein.

**Neue Verordnung: Arbeits„erlaubnis“, doch Räumungen bleiben möglich**

Im Laufe der Wochen mixte das Regierungslager allerdings unterschiedliche Aspekte, den repressiven und einen eher integrativen, in seiner Politik zusammen. Am 29. August veröffentlichte das Kabinett einen von sechs Ministern, darunter jene für Inneres und für Soziales, unterzeichneten Verordnungstext. Darin werden Zwangsräumungen von Romasiedlungen grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Es wird allerdings auch befürwortet, möglichst im Vorfeld eine Konzertration mit den betroffenen Kommunen sowie mit Solidaritätsvereinigungen und NGOs zu suchen, um den betroffenen Menschen eventuell vorab alternative Unterkünfte sichern zu können.

Zudem hebt die Verordnung bisherige Arbeitsmarktbeschränkungen für rumänische und bulgarische Staatsbürger weitgehend auf.

Die Staatsangehörigen dieser seit 2007 neu zur EU beigetretenen Ländern hätten normalerweise noch bis Anfang 2014 in Frankreich nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen, die einer Liste von 150 Berufsbeschreibungen entsprechen, annehmen können. Eine solche Möglichkeit zur teilweisen Abschottung des Arbeitsmarkts gegen die Neubürger der EU hatten sich Frankreich, Deutschland und andere Staaten vor dem EU-Beitritt von Bukarest und Sofia ausbedungen. Die Vereinbarungen erlaubten die Aufrechterhaltung dieses Sonderstatus allerdings nur noch anderthalb lange Jahr, danach schrieb das EU-Recht die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Rumänen und Bulgaren vor. Nach dem jüngsten Beschluss tritt dieses nun anderthalb Jahre früher in Kraft.

Dadurch könnte ein Teil der sozialen Probleme, denen die Roma als besonders diskriminierte Minderheit überall in Europa ausgesetzt sind, mittelfristig verringert werden: Zum ersten Mal steht ihnen in Frankreich nun der so genannte Arbeitsmarkt offen – sofern sie Staatsangehörige der beiden EU-Länder im Südosten sind, und nicht etwa Serbiens, Montenegros oder des Kosovo.

Nicht alle Hürden werden dadurch überwunden sein.

Neben Vorurteilen gegenüber Roma oder geringer Schulbildung, die häufig aus der Diskriminierung in Südosteuropa resultiert, tritt eine weitere Schwierigkeit hinzu: Wer keine offiziell anerkannte Adresse vorweisen kann, „darf“ auch nicht sozialversicherungspflichtig arbeiten. Solange also nicht die Siedlungen anerkannt werden, um die Notbehausungen früher oder später festen Häusern weichen zu lassen – wie es nördlich von Paris mancherorts allmählich der Fall ist – und es gleichzeitig für Roma schwer ist, auf „normalem“ Weg eine Wohnung zu finden, bleibt es bei einem Teufelskreis. Zu hoffen bleibt, dass die Feststellung, dass manche Roma kurz- oder mittelfristig nach wie vor keine Lohnarbeit haben werden, nicht dazu führt, die Gruppe erst recht als „erwiesenermaßen arbeits- und integrationsunwillig“ scharf zu stigmatisieren.

Durch die Mischung aus Repression und, jedenfalls vordergründigem, Integrationsangebot auf dem Weg über die Lohnarbeit versucht Valls sich als integrativen, auf Gerechtigkeit und Staatsautorität gleichzeitig aufbauenden Politiker zu präsentieren.

Auf anderen Ebenen geriet er unterdessen unter Handlungsdruck. Einmal durch die Anfang August 12 im nordfranzösischen Amiens, infolge als schikanös erlebter polizeilicher Personalienkontrollen, neu aufgeflammten Unruhen in manchen Banlieues. Valls eilte noch während der Ausschreitungen in einem peripheren Viertel vor Ort und versucht nunmehr, seine „vorrangigen Sicherheitszonen“ mit erhöhter Polizeipräsenz, die in nächster Zeit an fünfzehn Orten in Frankreich erprobt werden sollen, als Laboratorien für seine Sicherheitspolitik anzupreisen.

**Marseille: Testfeld für politische Forderungen nach „Armeeeinsatz“**

Besonders heiß wurde die Lage jedoch in der zweiten Augusthälfte in Marseille, wo in den ärmeren Nordstadtteilen seit Jahresanfang eine Serie von Abrechnungen unter Dealerbanden stattfindet. In Marseille existiert dabei eine regionale Besonderheit, denn anders als in anderen zu Drogensupermärkte verkommenden „sozialen Brennpunkten“ werden solche Streitigkeiten in den Nordvierteln der Stadt seit einigen Monaten mit echten Kriegswaffen ausgetragen.

Seit Anfang des Jahres sind 14 Tote durch Schüsse aus Kalaschnikows zu verzeichnen. Der Hauptgrund dafür ist, dass sich zwei geopolitische Einflusssphären von Mafiagruppen dort überschneiden – die der untereinander rivalisierenden italienischen Mafias einerseits, der für Drogennachschub aus Marokko und Lateinamerika sorgenden und expandierenden spanischen Mafia andererseits. Vom Balkan aus wurden Importkanäle für Schusswaffen in Richtung Marseille eröffnet.

Eine sozialdemokratische Bürgermeisterin in den betroffenen Nordvierteln und Senatsabgeordnete, Samia Ghali, forderte Ende August spektakulär den Einsatz der Armee, um für Ruhe zwischen den rivalisierenden Banden zu sorgen. Dies wurde von verschiedener Seite zurückgewiesen, von Präsident François Hollande und Innenminister Valls bis hin zu den Stellungnahmen von konservativer Seite und sogar offiziell vom Front National (wo man parteioffiziell einen Armeeeinsatz für nicht sinnvoll erklärte), auch wenn in manchen rechtsextremen Kreisen nunmehr munter Fantasien über militärische „Lösungen“ verbreitet werden. Tatsächlich kann man sich schwer eine vernünftige Strategie vorstellen, mit der Militärs nicht nur einmalig in solche sozialen Krisenzonen einrücken, sondern diese auch dauerhaft kontrollieren und stabilisieren sollen.

Die Forderung von Frau Ghali ist dabei einerseits als echter empörter Aufschrei zu werten; andererseits machte sie zugleich auch aus taktischen Motiven von sich reden, da sie für die Kommunalwahl von Anfang 2014 erklärte Ambitionen auf den Oberbürgermeistersessel von Marseille hegt. Und da sie als Immigrantentochter bislang nachweislich eher besonders schwer hatte – auch in ihrer eigenen Partei –, kam ihre eine relativ spektakuläre Profilierungsmöglichkeit also nicht eben ungelegen.

Manuel Valls hat es nun relativ leicht, durch seine Zurückweisung des Ansinnens auf einen Armeeeinsatz als besonnener Politiker durchzugehen, auch wenn keine größere politische Kraft sich derzeit ernsthaft für einen solchen stark macht. Wie „zum Ausgleich“ setzt er andererseits auf ein Profil als harter Polizeipolitiker.

Dem Versprechen François Hollandes als Präsidentschaftskandidat, eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte einzuführen sowie schikanösen und auf „ethnische Minderheiten“ abzielenden Kontrollpraktiken einen Riegel vorzuschieben, hat er inzwischen offen den Rücken zugekehrt.

Hollands Anregung, die Bewohner von „sozialen Brennpunkten“ sollten bei ihrer ersten Kontrolle an einem Tag eine Art Quittung ausgestellt bekommen, um andere – nicht durch einen konkreten Anlass gerechtfertigte – Personalienfeststellungen in den darauffolgenden Stunden zu vermeiden, wurde inzwischen durch Valls beerdigt.

Die Journalistin Rokhady Diallo monierte in einem Gastbeitrag für die linksliberale Pariser Abendzeitung Le Monde vom 30.08., in spanischen Regionen etwa habe dadurch die Zahl von missbräuchlichen Kontrollen um zwei Drittel gesenkt und das Verhältnis mancher Bevölkerungsteile zur Polizei befriedet werden können.

Im derzeitigen Klima allerdings hat Valls bei seinen Versuchen, den starken Mann samt eingebautem integrativem Profil zu markieren, eher gesellschaftlichen Rückenwind.

*Bernard Schmid, Paris* ■

## Linksfraktion fordert Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien

HANNOVER. DIE LINKE im Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, eine Initiative zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien zu starten. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Pia Zimmermann, sagte: „Hunderttausende fliehen derzeit vor den Kämpfen aus Syrien und müssen unter erbärmlichen Bedingungen in den Lagern der Anrainerstaaten leben. Deutschland kann das Leid der Betroffenen lindern, indem es seine Grenzen für syrische Bürgerkriegsopfer öffnet.“ Sie forderte die Landesregierung auf, eine entsprechende Initiative unverzüglich auf den Weg zu bringen.

„Niedersachsen besitzt umfangreiche Kapazitäten und hat die Erfahrungen, um Flüchtlinge aufzunehmen“, so Zimmermann. Besonders das Auffanglager in Friedland sei für solche Zwecke geeignet. „DIE LINKE wird im September eine entsprechende Initiative in den Landtag einbringen. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn alle im Landtag vertretenen Fraktionen eine solches Signal der Humanität unterstützen.“

*DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag 23.08.2012* ■

## Hauptverhandlung wegen „Ethnic/Racial Profiling“ im Oktober 2012

Nach dem zunächst Aufsehen erregenden Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Koblenz vom 28.02.2012 zu Personalienkontrollen von Bahnreisenden auf bestimmten Strecken findet am 29.10.2012 ab 13.30 Uhr vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland Pfalz die Berufungsverhandlung statt. Diesen Termin der Hauptverhandlung hat nun das Gericht veröffentlicht. Das OVG in Koblenz hatte zuvor auf Antrag des Klägers die Berufung wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen.

Der 25-jährige Kläger aus Kassel war im Dezember 2010 auf einer Regionalstrecke von Kassel nach Frankfurt/Main von zwei Bundespolizisten wegen seiner Hautfarbe kontrolliert worden. Der junge Student hatte so etwas nicht zum ersten Mal erlebt und klagte gegen die polizeiliche Maßnahme. Die Klage blieb vor dem VG Koblenz zunächst ohne Erfolg. Das Urteil des VG Koblenz hatte bundesweit großes Aufsehen erregt, denn es legitimierte im Ergebnis das so genannte „ethnic profiling“ bzw. „racial profiling“, das von dem UN-Menschenrechtsausschuss bereits 2009 als menschenrechtswidrig eingestuft worden war. Auch die Bundesregierung hatte noch im vergangenen Jahr erklärt, bei rechtmäßigen verdachtsunabhängigen Kontrollen dürfe es keine unterschiedliche Behandlung von Personen nach Herkunft, Hautfarbe oder Religion geben.

Das OVG will in der Verhandlung am 29.10.2012 durch Vernehmung der beiden beteiligten Bundespolizisten sowie möglicherweise des Klägers die genauen Umstände der Personalienfeststellung ermitteln. Das VG Koblenz hatte seinerzeit dem Kläger durch Verweigerung von Prozesskostenhilfe (PKH) die Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung unmöglich gemacht. Diese Verweigerung wurde vom OVG bereits als rechtswidrig aufgehoben.

Für Rückfragen steht Ihnen der Rechtsanwalt des Klägers, Sven Adam, zur Verfügung. Weitere Stellungnahmen, Dokumente und Informationen zum Thema entnehmen Sie bitte **www.anwaltskanzlei- adam.de/ index.php?vg-koblenz.**

Unterstützt und versendet durch: Vorstand ISD Bund Hadija Haruna, Sharon Otoo, Anne Chebu, Jonas Berhe, Tahir Della

*Quelle: http://www.isdonline.de - http://community.isdonline.de/ - Flüchtlingsrat Niedersachsen 30.08.2012* ■

## Ausbildungsverbot für Flüchtlinge abschaffen

**Junge Flüchtlinge, wie Herr K. in Augsburg, erhalten Ausbildungsplatzangebote, dürfen diese aber aufgrund ausländerrechtlicher Vorgaben nicht annehmen – Tür an Tür und Bayerischer Flüchtlingsrat fordern: Ausbildungsverbote abschaffen!**

Während sich Union und FDP im Bund noch über eine Abschaffung des Beschäftigungsverbotes für Flüchtlinge streiten und der Bayerische Innenminister dies rigoros ablehnt, leiden junge Flüchtlinge weiterhin. Kurz vor Ausbildungsbeginn im September lehnen die Ausländerbehörden in Bayern reihenweise Anträge auf Beschäftigungserlaubnisse für Berufsausbildungen ab. Der Frust und die Enttäuschung sind bei den Jugendlichen, aber auch bei den BetreuerInnen und ArbeitgeberInnen groß. So etwa im Fall von Herrn K. in Augsburg.

Herr K. hat bei Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH in Augsburg eine viermonatige Maßnahme in kultursensibler Altenpflege absolviert und wurde danach in ein Jahrespraktikum in der Altenpflegeeinrichtung AWONIA übernommen. Er bewährte sich und sollte ab September eine Altenpfleger-Ausbildung beginnen. Doch die Ausländerbehörde Augsburg lehnte seinen Antrag auf Beschäftigungserlaubnis ab. Damit kann Herr K. die Ausbildung nicht beginnen. Die Begründung: Ein Jugendlicher in und mit Ausbildung kann schwerer abgeschoben werden. „Dies ist leider kein Einzelfall, wir betreuen mehrere Jugendliche in einer ähnlichen Situation“, erklärt Reiner Erben, Geschäftsführer von Tür an Tür. „Es ist sehr frustrierend zu sehen, wie junge Menschen bei uns deutsch lernen, sich in nachgefragten Berufen weiterqualifizieren und mit unserer Hilfe Ausbildungsplätze finden, aber das Beschäftigungsverbot alle ihre Träume zunichte macht.“

Herr K. ist dabei kein Einzelfall, überall in Deutschland verhindern derzeit Entscheidungen der Ausländerbehörden, dass junge Flüchtlinge, die im Asylverfahren oder die nur geduldet sind, eine Ausbildung beginnen dürfen. Dies, obwohl alleine im Jahr 2011 ca. 30 000 Ausbildungsplätze unbesetzt blieben und in vielen Branchen, z.B. im Bereich Altenpflege, händeringend nach Azubis gesucht wird. Das Problem sind zum einen die restriktiven Ermessensentscheidungen einzelner Behörden, viel mehr jedoch die Bundesgesetzgebung. Diese sieht vor, dass Ausbildungen erlaubt werden können, aber nicht müssen, wodurch Entscheidungen wie im Fall K. erst möglich werden. Zudem regelt die Beschäftigungsverfahrensverordnung, dass Jugendliche, die nicht an ihrer Abschiebung mitwirken, mit einem Ausbildungsverbot bestraft werden sollen. „Am Ende zahlen die Flüchtlinge, aber auch die gesamte Gesellschaft einen hohen Preis für die Arbeitsverbote“, erklärt Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Die Ausbildungs- und Beschäftigungsverbote machen über die Jahre aus motivierten Jugendlichen zerbrochene Menschen, die das Gefühl haben, dass alle Anstrengungen sich nicht lohnen. Die psychischen Folgen tragen viele Flüchtlinge ein Leben lang mit sich, die Kosten der Desintegration haben wir alle zu tragen.“

*http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 07.08.2012* ■



## Thüringen: Zahnerhaltung weiter asylbewerberrechtlich umkämpft

Mehr als anderswo ist die zahnärztliche Behandlung von Flüchtlingen in Thüringen seit Jahren in der Kritik. Bereits in der Vergangenheit waren Vorwürfe laut geworden, das Asylbewerberleistungsgesetz würde in diesem Bundesland besonders restriktiv angewendet. Steffen Dittes berichtet unter der Überschrift „Ein Vorrang, der keiner sein soll", erschienen im Info Nr. 2/2012 (auf den Seiten 12+13) des Flüchtlingsrates Thüringen, über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung über die zahnmedizinische Versorgung. Immer wieder würden Fälle bekannt, in denen Flüchtlinge erhaltbare Zähne eher gezogen werden, als diese nach den Regeln ärztlicher Kunst zu erhalten. Das Thüringer Landesverwaltungsamt habe mit einem Rundschreiben Klarheit schaffen sollen – und genau das nicht getan. Das Thema erinnert daran, dass auch nach dem Karlsruher Urteil zur Verfassungswidrigkeit des AsylbLG große Problemfelder bleiben, die die Forderung nahelegen, dass die Abschaffung des AsylbLG die einzige Methode ist, um demütigende und diskriminierende Praktiken abzuschaffen.

*Quelle: Proasyl newsletter 28.08.201* ■

## Resolution zur Abschaffung des Gutscheinsystems nach AsylbLG

*Änderungsantrag zur Sitzung des Sozialausschusses am 26. September 2012 zu Vorlage 2012/137 –*

**Bargeld statt Wertgutscheine für Asylbewerber/innen**

Der Landkreis Lüneburg fordert das Nds. Innenministerium auf, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, damit der Landkreis Lüneburg anstelle von Wertgutscheinen Bargeld an Asylbewerber /innen auszahlen kann.

Der Kreistag bittet die Kreisverwaltung, vorhandene Ermessensspielräume insbesondere nach §6 Asylbewerberleistungsgesetz im Sinne des Antrages zu nutzen, um schon jetzt verstärkt Barleistungen auszuzahlen und bis zu einer Änderung der Rechtslage Gutscheine so unbürokratisch wie möglich auszugeben.

**Begründung:**

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat 2007 gegenüber den niedersächsischen Kommunen verfügt, „dass das in § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) normierte Sachleistungsprinzip auch weiterhin zu beachten und umzusetzen ist."

Die dauerhafte Anwendung des Sachleistungsprinzips ist mit der Würde des Menschen nicht vereinbar, es ist diskriminierend und integrationsfeindlich. Das Sachleistungsprinzip ist zudem teuer und verwaltungsaufwändig. Die Praxis in Niedersachsen führt zu sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung der Flüchtlinge. Die Betroffenen verfügen oft über keine Barmittel, um persönliche Bedarfe zu decken. Wertgutscheine werden nur in einer eingeschränkten Zahl von Einzelhandelsgeschäften akzeptiert, Rückgeld gibt es nur beschränkt. Der Landkreis Lüneburg lehnt das Sachleistungsprinzip ab, weil es die Integration behindert und die Führung eines menschenwürdigen Lebens verhindert, diskriminierend ist und von sozialer Teilhabe ausschließt.

Das Sachleistungsprinzip wird in Lüneburg durch die Vergabe von Wertgutscheinen erfüllt. Bis heute gibt es hierzu für den Landkreis Lüneburg wenig Handlungsspielraum, anstelle von Wertgutscheinen Bargeld auszuzahlen. Die restriktive Haltung des Nds. Innenministeriums ist nicht nachvollziehbar. Andere Bundesländer räumen ihren Kommunen in ihren Aufnahmegesetzen (z.B. NRW, Hessen, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) ein eigenes Entscheidungsrecht ein, welche Art der Leistungsgewährung im konkreten Fall und nach den örtlichen Gegebenheiten sinnvoll ist, dazu gehört auch die Gewährung von Geldleistungen.

Auch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat gegenüber dem BMAS gefordert, dass die Entscheidung über die Art der Leistungsgewährung in die Hoheit der kommunalen Selbstverwaltung überführt werden soll.

Für die Kommunen ist das Gutschein-Verfahren durch den bürokratischen Aufwand insgesamt sogar teurer als die Auszahlung von Barleistungen Dieser Zustand ist unhaltbar. Da das Bundesverfassungsgericht die Einschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetz für das Existenzminimum mit Urteil vom 18. Juli 2012 als verfassungswidrig eingestuft hat, ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt, die weiteren Diskriminierungen des AsylbLG aufzuheben. Allein die Regelsätze nach Asylbewerberleistungsgesetz lagen bisher um ca. 36% unter dem in SGB II und SGB XII festgesetzten Existenzminimum. Der Landkreis Lüneburg wird diesen Bundesverfassungsgerichtsbeschluss umgehend umsetzen. Das menschenwürdige Existenzminimum gilt nicht nur für Deutsche, sondern für alle Menschen im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

*Kreistagsfraktion SPD Landkreis Lüneburg/Bündnis 90 – Die Grünen Kreistag Lüneburg 22.08.2012* ■

## Nach 21 Jahren Göttinger in Abschiebehaft

Am Mittwoch, den 1. August wurde ein 21-jähriger junger Mann, der seit seinem 4. Lebensmonat in Deutschland lebt, bei einem Termin zur Verlängerung seiner Duldung in der Ausländerbehörde verhaftet und zur Abschiebung nach Hannover gebracht.

Er sollte noch am nächsten Tag nach Pristina (Kosovo) abgeschoben werden, doch gelang es dem Anwalt dies unter Verweis auf den schlechten Gesundheitszustand des jungen Mannes abzuwenden. Nach dem heutigen Haftprüfungstermin sieht es so aus, dass der Göttinger bis zum 7. August in Hannover-Langenhagen in Abschiebehaft bleiben soll. Danach soll die geplante Abschiebung ins Kosovo vollzogen werden. Der Anwalt des Betroffenen will gegen diese Entscheidung gerichtlich vorgehen.

Der 21-jährige gehört zu den Roma und Romni, die aufgrund von Krieg und rassistischer Verfolgung im ehemaligen Jugoslawien in verschiedene europäische Länder geflüchtet waren.

Seit dem sogenannten Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Kosovo wurden und werden von den deutschen Behörden immer wieder Angehörige der Roma-Minderheit in die elenden und menschenunwürdigen Lebensbedingungen ins Kosovo abgeschoben.

Allein in Stadt- und Landkreis Göttingen sind rund 400 seit langem hier ansässige Roma und Romni ständig von der Gefahr des Abgeschoben werdens bedroht.

Die zuständigen Göttinger Ausländerbehörden von Stadt- und Landkreis setzen die gnadenlose Flüchtlingspolitik des CDU Innenministers Schünemann gerne ohne die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit um. Resolutionen gegen die Abschiebungen von Roma und Romni ins Kosovo, wie die des Göttinger Stadtrates, werden somit zu reinen Lippenbekenntnissen. Der institutionelle Rassismus wird ununterbrochen weiter praktiziert.

Der AK Asyl verurteilt aufs Schärfste die Gewalt gegen einen Mitmenschen, der seit 20 Jahren hier in Göttingen/Deutschland lebt, hier aufgewachsen, sozialisiert und in Freundeskreise eingebunden ist, das Land, in das er abgeschoben werden soll, nicht kennt, die dortige Sprache nicht beherrscht, als Angehöriger der Minderheit der Roma/Ashkali rassistische Diskriminierung zu befürchten hat.

Der AK Asyl fordert die Behörden zur sofortigen Freilassung des Göttingers und zur Gewährung eines dauerhaften Bleiberechts für ihn und seine Familie auf.

Der AK Asyl ruft alle Göttinger_innen dazu auf, sich gegen rassistische Verhaltensweisen innerhalb und außerhalb von Behörden solidarisch zur Wehr zu setzen.

*Quelle: Presseerklärung vom 3. August 2012 arbeitskreis asyl goettingen* ■

## Göttinger Linke Ratsfraktion verlangt Aufklärung

Nach der Abschiebung des 21-jährigen in

Deutschland (Göttingen) aufgewachsenen und deutschsprachigen Jetmir K. ins Kosovo, wo ihn eine ungewisse Zukunft erwarte, beantrage und verlange die Gö-Linke-Ratsfraktion uneingeschränkte Akteneinsicht zu diesem unerhörten und menschenverachtenden Vorgang.

„Wir wollen wissen, ob das Vorgehen der Göttinger Ausländerbehörde gegen Jetmir K. maßgeblich dazu geführt hat, dass er abgeschoben worden ist. Und das vor dem Hintergrund, dass er seine schwerkranken Eltern und seinen jüngeren Bruder hier zurücklassen musste, die auf seine Unterstützung angewiesen sind. Wie in diesem Fall mit einer Roma-Familie umgegangen wird ist menschenverachtend und wird von uns nicht hingenommen werden!", so Patrick Humke, MdL und Ratsherr der GöLINKE Fraktion.

Humke weiter, „Wie von den Betroffenen und Opferanwälten immer wieder zu erfahren war, verfahre die Göttinger Ausländerbehörde regelmäßig in dieser Weise mit in Göttingen lebenden Roma. Dies strafe alle vom Rat verabschiedeten Appelle an das Land Niedersachsen, die Abschiebungen einzustellen, Lüge und damit müsse nun endgültig Schluss sein!"

Die GöLINKE Ratsfraktion erhoffe sich von der Akteneinsicht Erkenntnisse darüber, in welcher Weise bestimmte Beamte und Angestellte der Ausländerbehörde Abschiebepraxis durchsetze ohne rechtliche Entscheidungsspielraum.

*Quelle: GöLinke Ratsfraktion 09.08.2012*

## 2007 Ausweisungsandrohungen populistische Symbolpolitik!

Manches, was eigentlich offensichtlich ist, bewahrheitet sich mitunter erst viele Jahre später… So auch in diesem Fall:

Die „Große Koalition" führte im Jahr 2007 mit dem EU-Richtlinienumsetzungsgesetz unter anderem Verschärfungen des Ausweisungsrechts ein, hinsichtlich derer schon damals guten Gewissens gesagt werden konnte, dass sie populistische Symbolpolitik waren. Eine Ausweisung nach § 55 Abs. 2 Nr. 9 bis 11 AufenthG ist seitdem insbesondere möglich, wenn „ein Ausländer"

– „auf ein Kind oder einen Jugendlichen gezielt und andauernd einwirkt, um Hass auf Angehörige anderer ethnischer Gruppen oder Religionen zu erzeugen oder zu verstärken,

– eine andere Person in verwerflicher Weise, insbesondere unter Anwendung oder Androhung von Gewalt, davon abhält, am wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben oder

– eine andere Person zur Eingehung der Ehe nötigt oder dies versucht". Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hatte im Mai 2007 erklärt: Ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf sei nicht ersichtlich, die Änderungen seien unnötig und nicht geeignet, die Integration zu fördern, zudem bestehe die Gefahr, dass Muslime unter einen Generalverdacht gestellt würden. Eine vergleichbare Kritik kam auch vom Deutschen Institut für Menschenrechte, von PRO ASYL und anderen (*vgl. z.B. Stellungnahme des Sachverständigen Dr. Reinhard Marx, A-Drs. 16(4)209 D, S. 11*).

Glaubt man rechtspopulistischer Stimmungsmache, müsste es eigentlich Anwendungsfälle zu Hauf geben.

Doch auf Anfrage der innenpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, musste die Bundesregierung nun einräumen: Zur Anwendung der Neuregelung hat das Bundesinnenministerium zwei Umfragen unter den Bundesländern unternommen. Bezogen auf das Jahr 2009 hätten daraufhin 15 Länder mitgeteilt, dass keine Ausweisung nach § 55 Abs. 2 Nummer 9-11 AufenthG vorgenommen worden sei. Für die Jahre 2010 und 2011 teilten dann 12 Bundesländer selbiges Ergebnis mit (die anderen Bundesländer machten keine Angaben). Somit ist kein einziger Fall dokumentiert, in dem die gesetzliche Neuregelung einmal angewandt worden wäre. [1)]

Ulla Jelpkes Kommentar lautet deshalb: **Ausweitung der Ausweisungsregeln war überflüssig** „Der Versuch der Unionsparteien, mit der Keule der Ausweisung integrationspolitische Probleme lösen zu wollen, erweist sich erneut als blanker Stammtischpopulismus. Die 2007 mit großem Tamtam neu geschaffenen Ausweisungsregeln sind bislang kein einziges Mal zur Anwendung gekommen", erklärt Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN zur Ausweisungspolitik (BT-Drucksache 17/10391). Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „2007 wurden im Aufenthaltsgesetz Möglichkeiten geschaffen, Ausländer wegen der Anstachelung von Kindern und Jugendlichen zu Hass auf andere ethnische Gruppen oder Religionen, wegen Integrationsverhinderung oder wegen Nötigung zur Eingehung einer Ehe auszuweisen. Nun ist klar: diese Regelungen sind in den vergangenen Jahren kein einziges Mal angewendet worden. Die Ausweitung der Ausweisungsgründe war lediglich ein willkommener Anlass, in der aufgeheizten Debatte um vermeintliche Integrationsverweigerung am rechten Rand zu punkten. Generell gilt im Ausweisungsrecht: Die gesetzlichen Regelungen haben durch Entscheidungen der nationalen und europäischen Gerichte zahlreiche Modifikationen erfahren. Das Aufenthaltsgesetz entspricht bei weitem nicht mehr der tatsächlichen Rechtslage. Damit verletzt es das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit. Das gibt die Bundesregierung auch zu, lässt aber jede Initiative für eine Anpassung des Gesetzes an die Rechtslage vermissen. Zumindest sollten die seit Jahren nicht angewendeten Ausweisungsbefugnisse wieder gestrichen werden. Straftaten wie die Nötigung zur Zwangsehe sollten mit den Mitteln des Strafrechts geahndet werden."

*Quelle: 1) Quelle Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Quelle: 2) Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 16.08.2012*

## Landkreis Stade: Nächtliche Abschiebung nach 23 Jahren

Die Ashkali-Familie Fazlijaj/Bajrami wurde in der Nacht vom 20. auf den 21. August überfallartig festgenommen und abgeschoben. Der Fall der Familie illustriert, dass in Niedersachsen – zumal im Landkreis Stade, der nicht zum ersten Mal durch besondere Rücksichtslosigkeit im Umgang mit Flüchtlingen Schlagzeilen macht – Abschiebungen mit aller Härte durchgesetzt werden, wenn die Betroffenen als nicht nützlich genug klassifiziert sind. Auch die niedersächsische Härtefallkommission, die ein Härtefallbegehren für die Familie in diesem Jahr ablehnte, hält sich offenkundig an diese Linie. Kaum vorstellbar, dass sich so ein Fall in einem anderen Bundesland ereignet hätte. Die Familie steht verzweifelt vor den Trümmern ihrer Existenz und weiß nicht wohin.

Gani Fazlijaj (29) und Sultane Bajrami (24) stehen vor dem Nichts: In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurde das Paar gemeinsam mit ihren Kindern Iljas (3) und Alma (1) ohne vorherige Ankündigung des Abschiebungstermins auf Veranlassung des Landkreises Stade gegen Mitternacht von der Polizei aus ihrer Wohnung in Fredenbeck geholt und am nächsten Morgen in den Kosovo abgeschoben. Ein vom Anwalt eilends eingelegter Eilantrag erreichte das Verwaltungsgericht 20 Minuten vor dem Abheben des Flugzeugs und konnte die Abschiebung nicht mehr aufhalten. Eine Entscheidung in der Sache steht noch aus.

Entgegen den üblichen Versprechungen war am Flughafen niemand, der der Familie in ihrer Not hätte helfen können. Auch die vom Land Niedersachsen angepriesene Hilfe über das staatlich geförderte Projekt „URA 2" war mangels anwesender Vertreter/innen dieser Organisation nicht zu erreichen. Am Ende wurde die in der Flughafenhalle wartende Familie mit Gewalt vom Flughafenpersonal aus dem Flughafengelände geschleppt und vor die Tür gesetzt.

Vater Gani Fazlijaj floh als Sechsjähriger im Jahr 1989 aus dem Kosovo nach Deutschland, Mutter Sultane Bajrami als Vierjährige im Jahr 1992. Beide gingen in

Deutschland zur Schule, lernten sich hier kennen und gründeten eine Familie.

Nach erfolgreichem Abschluss der Hauptschule im Jahr 2001 absolvierte Gani Fazlijaj zunächst ein Jahrespraktikum, da ihm eine Arbeits- und Ausbildungserlaubnis verweigert wurde. Anschließend besuchte er die Berufsbildende Schule, Schwerpunkt Metalltechnik, in Stade. In der Folgezeit meldete er sich bei Zeitarbeitsfirmen an und arbeitete in verschiedenen Firmen als Reinigungskraft, Verpacker oder Helfer. Im Jahr 2007 erhielt er eine „Aufenthaltserlaubnis auf Probe", später als Bleiberecht nach § 23 Abs. 1 AufenthG verlängert wurde. Ab Mai 2010 arbeitete der Familienvater in Teilzeit bei der Firma Küncke als Objektbetreuer. Die Firma versprach ihm für die Zukunft eine Anstellung in Vollzeit. Der zunächst auf 15 Wochenstunden beschränkte Arbeitsvertrag wurde später zwar aufgestockt, jedoch reichte das Einkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt der Familie vollständig aus eigener Erwerbstätigkeit zu finanzieren. Intensive Bemühungen um einen Vollzeitarbeitsplatz – dem Flüchtlingsrat liegen unzählige Bewerbungen um eine Vollzeitstelle vor – blieben zunächst erfolglos.

Da ein Arbeitsvertrag in Vollzeit bis Herbst 2011 noch nicht umgesetzt war, entzog die Ausländerbehörde des Landkreis Stade Gani Fazlijaj Ende des Jahres 2011 die Aufenthaltserlaubnis mit der Begründung, eine vollständige Lebensunterhaltssicherung sei der Familie nicht möglich. Darüber hinaus entzog die Ausländerbehörde Gani Fazlijaj die Arbeitserlaubnis – mit der Folge, dass die Firma Küncke das Arbeitsverhältnis zum 10. November 2011 auflösen musste. Obwohl die Familie sich weiterhin intensiv um Arbeit bemühte und im Februar 2012 auch zwei Angebote über die Einstellung des Familienvaters in Vollzeit zu einem Stundenlohn von 11,70 € vorlegen konnte, blieb der Landkreis Stade hart und erklärte, für eine Aufenthaltserlaubnis sei es jetzt „zu spät".

Daraufhin wandte sich die Familie an die niedersächsische Härtefallkommission, die jedoch die Bitte der Familie um eine weitere Chance auf der Grundlage einer sehr negativen Stellungnahme des Landkreises Stade ablehnte. Unter anderem hatte der Landkreis Stade fälschlich behauptet, Gani Fazlijaj habe den Hauptschulabschluss nicht erreicht. Dass alle Familienangehörigen in Deutschland leben und zu einem Großteil eingebürgert sind, reichte als Argument ebenso wenig aus wie Leumundszeugnisse, die eine breite Akzeptanz und Unterstützung der Familie in ihrer Gemeinde dokumentierten, und unzählige Bescheinigungen über Qualifikationen, Bewerbungen und Arbeitsleistungen in der Vergangenheit.

Die Familie Fazlijaj hat nahezu ihr gesamtes Leben in Deutschland verbracht. Eine qualifizierte Ausbildung scheiterte u.a. an der damaligen rigiden Praxis der Behörden, geduldeten die Erlaubnis hierfür zu verweigern. Obwohl sich die Familie intensiv um Arbeit bemüht und immer wieder auch gearbeitet hat, wurde sie jetzt in die Romaghettos im Kosovo abgeschoben, weil sie nach Auffassung der LK Stade und des niedersächsischen Innenministeriums wirtschaftlich nicht leistungsfähig genug ist.

*gez. Kai Weber*
*Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 22.08.2012*

## Eine andere Welt ist nötig!

*Am 8.9.2012 plant das* Aktionsbündnis Abschiebehaft Abschaffen *eine Demonstration gegen den Abschiebeknast in Ingelheim.*

**Weg mit dem Abschiebeknast Ingelheim, weg mit den Mauern um Europa, stoppt alle Abschiebungen!**

Während der Reichtum multinationaler Konzerne und einiger „Superreicher" auch oder gerade in „Krisenzeiten" ins Unermessliche wächst, haben Millionen Menschen auf der Welt kaum das Nötigste zum Leben.

Doch die Bilder, die von dem unermesslichen Leid dieser Menschen zeugen, sind zur Normalität geworden. Berichte über ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer werden lediglich in die Randnotizen der Medien verbannt, während Meldungen über Opfer auf gekenterten Luxusschiffen tagelang die Medien beherrschen und Betroffenheit auslösen.

Jedes Jahr sterben mindestens 3000 Menschen bei dem Versuch, die streng bewachte Wohlstandsinsel Europa zu erreichen, welche vermeintlich Sicherheit und Perspektive verheißt. Es ertrinken Tausende auf der Flucht über das Mittelmeer, es ersticken Menschen in ihren Verstecken auf Lastwagen, es werden Flüchtlinge an den Grenzen festgenommen und abgeschoben – ohne dass ihre Asylgründe überhaupt geprüft würden.

Menschen, die aus wirtschaftlicher Not und Hunger fliehen, erreichen zumeist nur das Nachbarland, wo sie in provisorisch eingerichteten Lagern ein kümmerliches Dasein fristen. Nur diejenigen, deren Familien in der Lage sind, genügend Geld aufzubringen, können sich auf den langwierigen und gefährlichen Weg nach Europa machen, begleitet von der Hoffnung ihrer Angehörigen auf künftige Unterstützung.

Doch das Europa, das für seine „Staatsbürger" und diejenigen, die die „richtigen" Papiere besitzen, die Grenzen niedergerissen hat, versucht mit der eigens dazu eingerichteten und militärisch aufgerüsteten Grenzschutzagentur Frontex die „Festung" zu sichern und die Schutzsuchenden auf hoher See abzudrängen, anstatt Ihnen Hilfe zu leisten und sie willkommen zu heißen.

Lieber werden nach wie vor Verträge mit Diktatoren – wie einst mit Gaddafi – ausgehandelt, um ihnen den Weg zu versperren. Einlass gewährt sie nur denen, die als nützlich eingestuft werden, weil ihre Qualifikationen gerade auf dem hiesigen Arbeitsmarkt fehlen.

Für Grenzsicherungsmaßnahmen gibt die EU ein Vielfaches von dem aus, was sie für die Aufnahme von Menschen zur Verfügung stellt.

Schutzsuchende, denen es gelingt, die Außengrenze Europas zu überwinden, werden in Ländern wie Griechenland, Ungarn oder Malta regelmäßig eingesperrt – häufig für Monate. Ganz gleich, ob Männer, Frauen, Familien oder Kinder – wer frei kommt, landet über kurz oder lang auf der Straße.

Wer kann, flieht weiter in andere Staa-



## Haben die Neonazis einen „Antikapitalismus von rechts“ entwickelt?

**Studie untersucht die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der NPD**




Mit Parolen wie „Sozial geht nur national“ geht die NPD auf Stimmenfang. Soziale Themen haben für die Politik der extrem rechten Partei an Bedeutung gewonnen. Der Soziologe *Hendrik Puls* legt nun in der edition assemblage die erste umfassende Untersuchung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der NPD vor.

Seine Studie basiert auf einer Inhaltsanalyse des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ der Jahre 1998 bis 2010. Die „Deutsche Stimme“ entwickelte sich in den 1990er Jahren von einem reinen Verlautbarungsorgan zu einem Ort der innerparteilichen Debatte, was sie als Quelle interessant macht. Puls konnte deswegen über 750 Artikel in die Analyse einbeziehen.

Unter Udo Voigt setzte die NPD auf sozialpolitische Themen.

Der Zeitraum der Untersuchung liegt in der Amtszeit des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Voigt öffnete die Partei Mitte der 1990er Jahre nicht nur für die Mitglieder neonazistischer Kleinstgruppen und der subkulturell geprägten rechten Skinhead-Szene. Die NPD wandte sich zudem verstärkt sozial- und wirtschaftspolitische Themen zu. Bereits zu Anfang seiner Amtszeit verkündete Voigt, die NPD müsse sich als „grundsätzliche Alternative zum bestehenden Parteiensystem“ verstehen und sich für die „totale Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft“ einsetzen. … Ihre größten Erfolge erzielte die NPD 2004 und 2006, als sie

## Autoritärer Etatismus und extreme Rechte

**DISS Workshop 29. September 2012 in Duisburg**




Nicos Poulantzas’ Staatstheorie ist ein origineller und wichtiger Beitrag zur Theorie des Staates und zur Analyse des kapitalistischen Staates. Insbesondere seine Thesen zum Autoritären Etatismus, obwohl 30 Jahre zurückliegend, sind von großer Bedeutung für die Analyse der aktuellen Veränderungen bürgerlicher Demokratie.

Inwieweit auch die Erforschung der extremen Rechten davon profitieren kann, ist eine Fragestellung des Workshops.

### Programm

**15.00 Uhr** Begrüßung

**15.15 – 16.00** Wolfgang Kastrup: Kurze Einführung in Leben und Werk von Nicos Poulantzas

**16.00 – 17.30** Stephan Adolphs / Serhat Karakayali:Das Konzept des Autoritären Etatismus bei Nicos Poulantzas. Darstellung, Kritik und weiterführende Fragestellungen

**17.30 – 18.00** Pause

**18.00 – 19.00** Diskussion: Lässt sich das Konzept des Autoritären Etatismus für die Erforschung der extremen Rechten fruchtbar machen?

**19.00** Abendessen

**Zu den Referenten:** STEPHAN ADOLPHS und Serhat Karakayali arbeiten am Institut für Soziologie der Universität Halle-Wittenberg. WOLFGANG KASTRUP ist Mitarbeiter des DISS.

Eine kurze Information über Leben und Werk von NICOS POULANTZAS finden Sie im Wikipedia-Artikel unter http://de. wikipedia. org /wiki /Nicos_ Poulantzas

Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist begrenzt. Wir bitten um eine frühzeitige verbindliche Anmeldung.

Kontakt: m.dietzsch@diss-duisburg.de

Tagungsort: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Siegstraße 15, 47051 Duisburg

Zeit: Samstag, 29.09.2009 / 15.00 Uhr – 19.00 Uhr

---

ten Europas. Doch auch dort ist keine Hilfe zu erwarten. Die Menschen werden aufgegriffen und inhaftiert. Auf ein faires Asylverfahren warten die Betroffenen vergeblich. Gemäß der europäischen Dublin-II-Zuständigkeitsverordnung werden sie wieder in das Land ihrer Einreise innerhalb der EU abgeschoben. Aus Deutschland werden jährlich circa 12 000 Menschen zumeist nach Italien, Frankreich oder Ungarn zurückgeschickt. Nach schweren Strapazen und einer Kette von Abschiebungen finden sich viele Flüchtlinge in einer völlig hoffnungslosen Situation wieder, in der ihnen keinerlei Rechte auf Schutz gewährt werden.

Auch gegen diese Praxis werden wir gemeinsam in Ingelheim demonstrieren.

Wer zunächst in Deutschland bleiben darf, wird mit Entrechtung und Diskriminierung konfrontiert: Flüchtlinge werden mit einem Arbeitsverbot belegt, müssen in Lagern leben und dürfen oft das Territorium eines eng begrenzten Gebietes nicht verlassen. Zum Bestreiten des Lebensunterhalts werden Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt, die etwa 35% unter dem Arbeitslosengeld II-Satz liegen, der vom Bundesverfassungsgericht als notwendig für ein menschenwürdiges Leben festgelegt wurde.

Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat erklärt, den Abschiebeknast in Ingelheim zu schließen. Bisher ist hier leider nicht viel passiert. Wir werden uns jedoch auch entschieden gegen jede Nachfolgeeinrichtung wenden, die letztlich nur eine etwas weniger inhumane Form der Freiheitsberaubung sein kann.

**Flüchtlinge gehören nicht in Haft.**

Die rheinland-pfälzische Landesregierung sollte sich stattdessen für das Bleiberecht aller Flüchtlinge stark machen und sich für ihre Aufnahme unabhängig von ihrer „Verwertbarkeit“ einsetzen.

Wir kämpfen für eine gerechte und solidarische Welt, in der es Perspektiven für jeden Menschen gibt, eine Welt, in der die „Wohlhabenden“ dann ohne militärische Absicherung ihrer Grenzen vor Schutzsuchenden auskommen.

Wir werden eine kurze und „knackige“ Demo und eine Kundgebung und viel Musik vor den Toren des Abschiebeknastes veranstalten, der symbolisch für die Mauern um Europa steht. Beteiligt euch, macht Werbung, kommt vorbei!

**Aktionsbündnis Abschiebehaft Abschaffen**
Unterstützer_innen: AGIS Darmstadt, Antifa Koblenz, Antira AG an der Uni Bielefeld, Antirassistische Gruppe Mainz, Antinationale.Org, Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier (AGF), AStA der Uni Mainz, ausbrechen (Ex-Bürengruppe), Attac Mainz, Café Klatsch, Diskursiv Mainz, Flüchtlingsrat Mainz, Flüchtlingsrat Wiesbaden, Juz Bingen i.S., Kritisches Kollektiv (organisiert in der Interventionistischen Linken(il)), Linkswärts e.V., move and resist, Multikulturelles Zentrum Trier, Rote Hilfe – Ortsgruppe Mainz, ver.di Jugend Rhein-Nahe-Hunsrück, Verdi Landesimmigrationsausschuss Rheinland-Pfalz, VVN BdA Mainz,
*http://wegmitdemknast.blogsport.de* ■

dank einer rassistisch aufgeladenen Agitation gegen die „Hartz-Reformen“ in den sächsischen sowie den mecklenburg-vorpommerschen Landtag einzog. …

#### Hat die NPD einen „Antikapitalismus von rechts“ entwickelt?

Die Frage, ob die NPD einen „Antikapitalismus von rechts“ entwickelte habe, verneint Puls. Die NPD stelle weder die Lohnarbeit und das Privateigentum noch das private Unternehmertum und den Markt als zentrale Instanz des Warenaustausches in Frage. Damit lasse sie Institutionen unberücksichtigt, deren Abschaffung gemeinhin mit einem antikapitalistischen Projekt verbunden würden. Gleichwohl müsse man aber festhalten, dass sich die Partei ihrem Selbstverständnis nach als kapitalismuskritische Kraft und als „radikale Alternative“ zum Bestehenden verstehe. Sie werde weiterhin versuchen, auf soziale Themen zu setzen.

Puls hält fest: „Die Kapitalismuskritik der NPD ist geprägt von einfachen Schuldzuweisungen. Antisemitismus spielt dabei eine wichtige Rolle. Mit ihren Parolen versucht die NPD die von der wirtschaftlichen Entwicklung und den gesellschaftlichen Veränderungen Verunsicherten zu erreichen, in dem sie ihnen soziale Teilhabe und Bevorzugung gegenüber ‚Nicht-Deutschen‘ verspricht.“

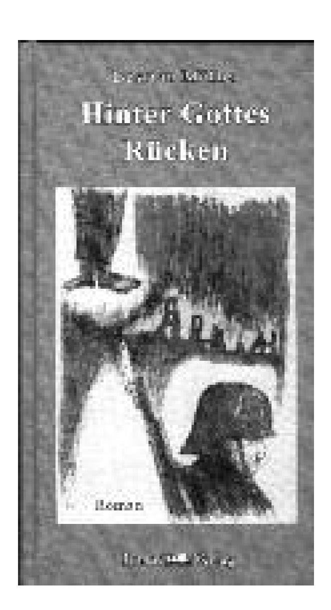
*Willi Bischof – Edition Assemblage*

*Hendrik Puls*
*Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD*
*Studien zur extremen Rechten, Band 1*
*Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Band 3*
*farb. Broschur, 144 Seiten, 16.80 EUR [D]*
*ISBN 978-3-942885-04-1*

**LESEAUSZUG:**

http://www.edition-assemblage.de/antikapitalismus-von-rechts/

## Bastian Müller – Hinter Gottes Rücken



Wer ohne Vorinformation das 2012 im Donat-Verlag erschienene Buch „Hinter Gottes Rücken“ von Bastian Müller liest, kommt kaum auf die Idee, dass es sich hierbei um die Neuauflage eines 1947 erschienenen Werkes handelt.

Wilhelm, die Hauptfigur des Romans, ist ein Querdenker (wie ich ihn eigentlich nur neuerer Literatur zuordne). Als er weiß, dass der Krieg kommt, ist ihm klar, „Ich denke nicht daran für diese Sache zu sterben, auch nicht für Ehre und aus Pflicht.“ In diesem ersten Teil des dreiteiligen Buches mit dem Titel „Melodie très triste“ wird man Zeuge, wie Wilhelm es schafft, nicht so sehr mit einer eigenen Strategie sondern durch Nutzung von sich ergebenden Chancen, auch mithilfe einer Vorverletzung, nicht einen Schuss abgeben zu müssen. Er hat ein klares Ziel, ist aber kein Held. Er ist kein linker Stratege, aber er ist ein sehr genauer Beobachter der Mitakteure, der Kriegsgewinnler, der ergebenen oder sich ergebenden Männer, die in den Krieg ziehen und nutzt seine Chancen ihm zu entgehen. Er ist naiv, inkonsequent und bewundernswert erfolgreich.

Im 2. Kapitel „Charette du Mort“ ist er davon überzeugt, dass der Krieg verloren wird und zum Untergang des Naziregimes führt. Er stimmt den Zeitplan seines Handelns mit dem Nähern der alliierten Truppen ab. Zwischen den Nazis, die noch die 988 Jahre vor sich wähnen, zwischen denen, die bis zum letzten Tag Verräter aufspüren, um sie der Todesstrafe zuzuführen, schwimmt er in der allgemeinen Erwartung eines baldigen Kriegsendes. Optimistisch träumt er von einem neuen Leben im Frieden ohne Nazis und Krieg, erfährt aber auch täglich „Der Krieg tötet alles. Liebe und Ehe und jede Beziehung.“ Wilhelm weigerte sich, das anzuerkennen.

„Feux de la Paix“, das dritte Kapitel, beschreibt Wilhelms ernüchterte Landung in der Nachkriegsrealität. Aber selten wurde diese Situation so bildhaft und differenziert, so wenig schablonenhaft dargestellt wie in diesem starken Kapitel von Bastian Müller. Während tausende Vertriebene eine Bleibe suchen, gehen die einen tanzen und andere „wähnen sich noch als großen Schäferhund, der vom Wolf abstammt und eine Herde treibt. Wilhelm schien es, als sei aus dem gestrigen Wolfshund ein räudiger Dackel geworden, der mit krummen Beinen und Rattenschwanz den kahlen Vollmond anheult.“

Wilhelm ergreift keine seiner Chancen, nicht als Städtebauer „Sie müssen ihnen irgendwas beibringen, was die Arbeitslust hebt“, nicht als Journalist, „Nein, lustig muss es sein. Wissen Sie, die Leute wollen doch nur vergessen“. Er beobachtet, wie viele offenbar „noch nicht begriffen haben, dass wir nach dem Krieg leben und keinen Grund mehr haben stolz zu sein auf das, was uns früher über alles in der Welt erheben sollte“ und steigt aus:

Er „nahm an sich wahr, dass er dabei war ein Sonderling zu werden.“

Vermutlich sind der scharfe Blick, die Vermeidung von entlastenden Schablonen in Müllers Roman auslösend für die extrem kontroversen Stellungnahmen der Leser der Welt 1948 und des Spiegel 1949 und ein Grund zu keinen weiteren Auflagen. Der Autor, der nach dem Krieg Mitglied der Gruppe 47 war, geriet in Vergessenheit.

Im Nachwort von Gudrun Scabell und Helmut Donath wird klar, „Hinter Gottes Rücken“ ist stark autobiografisch geprägt, Wilhelm ist das Muster für Bastian Müller.

*pb*

Bastian Müller, Hinter Gottes Rücken, Donat Verlag Bremen 2012, 14,80 Euro, ISBN 978-3-943425-12-3

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

## Brandstifter in Westeuropa

Junge Freiheit Nr. 35/12
vom 24. August 2012

Das Blatt hofft auf den Zerfall Belgiens – ohne die Konsequenzen für Europa auch nur im geringsten zu erwägen. Als „Vorbild für alle Völker Europas“ bezeichnet das Blatt die separatistischen Bestrebungen des rechtsextremen Vlaams Belang und der Nieuw-Vlaamse Alliantie im flandrischen Landesteil. Das Blatt will damit die rechte Theorie vom „Europa der Vaterländer“ untermauern, die auf eine Auflösung der Europäischen Union und die Abschaffung des Euro hinausläuft.

Dazu betreibt es Geschichtsfälschung. So bezeichnet es Belgien als „künstliches Gebilde“, ohne zu berücksichtigen, dass das Land aus dem Aufstand der südniederländischen Katholiken im Jahre 1830 hervorgegangen ist.

Niemand hat am Reißbrett geplant, wie es z.B. vielen afrikanischen Staaten ergangen ist. Welche Probleme das Blatt tatsächlich sieht, zeigt sich in der Erörterung über Brüssel. Die Hauptstadt Brüssel liegt zwar im flämischen Landesteil, ist aber mehrheitlich französisch-sprachig: „Trotz ihrer Lage auf flämischem Gebiet ist die Stadt heute durch und durch französisiert – und islamisiert. Nur ein marginaler Bruchteil … spricht noch Niederländisch, mehr als 40% sind überwiegend nichtintegrierte Moslems, dazu kommen mit steigender Tendenz Nicht-Belgier wie Nato- sowie EU-Mitarbeiter. Schon längst hat sich um die Stadt ein sogenannter ‚Ölfleck‘ nichtflämischer Besiedlung gebildet.“ – Und alle diese „Nichtflamen“ sollen wohl verschwinden. Das Blatt berichtet über eine Lebenswirklichkeit, die so kaum wahr sein kann: „Bis heute ist das komplette kulturelle Leben Belgiens zweigeteilt, es gibt keine gemeinsamen Medien, keine gemeinsame Mode, keine gemeinsame Lebensart. Flamen heiraten nicht nach Wallonien und umgekehrt Wallonen nicht nach Flandern; man besucht sich nicht einmal.“

Das beschreibt vielleicht holzschnittartig eine Entwicklung der jüngsten Zeit – immerhin gab es Belgien schon einmal gemeinsame Parteien und gemeinsame Gewerkschaften – diese sind unter dem Druck der Separationsbestrebungen zerbrochen.

Dass Separation durchaus mit Krieg enden könnte, ist für das Blatt kein Problem – und dass die Träume der flämischen Separatisten, mit einer Bevölkerung von 6 bis 7 Millionen Flamen einen selbständigen, schuldenfreien Staat aufbauen zu können, wirklichkeitsfremd sind, auch nicht.

## CDU zu sozialdemokratisch?

Junge Freiheit Nr. 36/12
vom 31. August 2012

Schwerpunkt der Ausgabe ist die Abrechnung mit der CDU unter der Parteivorsitzenden und Kanzlerin Angela Merkel. Das Blatt kritisiert die Positionen der CDU zum Euro, zur Migration, zur christlichen Religion, in der Schulpolitik, beim Kindergarten- und Krippenausbau, in der Familienpolitik, in der Energiepolitik … Die Liste ist lang.

Alle Hoffnungen, in der CDU könne sich ein nationalkonservativer Flügel durchsetzen, sieht das Blatt inzwischen als vergeblich an, nachdem in den vergangenen Jahren immer mal wieder der Versuch unternommen wurde, rechtskonservative CDU-Mitglieder zu puschen und zu unterstützen: „Man verkennt aber die CDU, wenn ihr einen weltanschaulichen Konflikt zubilligt, den sie um den Preis schwerer Verluste zu verteidigen bereit wäre. Sie ist die wahrscheinlich anpassungsfähigste und damit – was die Regierungszeit angeht – erfolgreichste Partei Nachkriegsdeutschlands … Sie passt dabei, soweit es von ihr besonders aufmerksam beäugte Meinungsumfragen zulassen, mit geschmeidiger Verzögerung den Entwicklungen des Zeitgeistes an. Der virulente Punkt ist, dass dieser Zeitgeist … fast ausschließlich von links bestimmt wird … Vor einer politischen steht deshalb eine geistige Reorganisation dieses Hinterlandes.“

Dafür tritt das Blatt jetzt seit seinem Bestehen ein, so deutlich, dass keine einflussreiche Partei in Sicht ist, die den rechtsnationalistischen Vorstellungen des Blattes genügen, hat Chefredakteur Dieter Stein bislang allerdings selten geschrieben. Das heißt: Parteibildung adé, ideologische Auseinandersetzung hat Vorrang.

*uld*

FORENA
AKTUALISIERTES PROGRAMM
25 JAHRE FORSCHUNGSSCHWERPUNKT RECHTSEXTREMISMUS / NEONAZISMUS
ANALYSE / KRITIK / INTERVENTION

**25 Jahre Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus der FH Düsseldorf – FORENA**
Tagung: 5./6. Oktober
Ziel des Forschungsschwerpunktes war es von Beginn an, auf der Basis kritischer wissenschaftlicher Analysen zur extremen Rechten sowie zu Erscheinungsformen und Theorien der Ungleichheit/Ungleichwertigkeit das Engagement für nachhaltige demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken.
Seit der Gründung widmet sich FORENA der Qualifizierung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen, Sozialarbeiter_innen und Pädagog_innen, die sich – etwa in ihrem beruflichen und sozialen Umfeld – mit Alltagsrassismus oder Aktivitäten der organisierten extremen Rechten konfrontiert sehen. Hierfür steht in jüngerer Zeit insbesondere das XENOS-Projekt „Born to be me – Für Vielfalt und Demokratie“.
Auch die innovativen anwendungsbezogenen Forschungen – sei es zum Rechtspopulismus, zur Demonstrationspolitik der extremen Rechten, zu den sogenannten Autonomen Nationalisten oder zur Reichweite staatlicher Verbotspolitik – haben über die Fachöffentlichkeit hinaus Interesse und Anerkennung gefunden.
Zu den neueren Entwicklungen zählen die Herausgabe der Schriftenreihe „Edition Rechtsextremismus“, die erstmalige Ausschreibung eines Nachwuchspreises sowie eine Intensivierung der internationalen Forschungskooperationen.
Wir würden uns freuen, Sie bei der FORENA-Jubiläumstagung begrüßen zu können.
Prof. Dr. Fabian Virchow (Informationen und Anmeldeformular: www.forena.de)

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507